

# Besser für Bayern

Unsere Erfolge - Unsere Ziele



BAYERISCHE LANDESGRUPPE IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION





# Inhalt

Besser für Bayern	2
Verantwortung in der Krise	4
Eine moderne Wirtschaft braucht gute Arbeit	6
Gute Arbeit verdient guten Lohn	8
Eine gute Versorgung mit einer solidarischen Bürgerversicherung	9
Ein gerechtes Steuersystem	11
Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen	12
Gleiche Chancen und gleicher Lohn für Frauen	14
Bessere Hilfen für Alleinerziehende	15
Mehr Teilhabe von Älteren	16
Für eine soziale Stadt ohne Barrieren	18
Kein Fußbreit den Nazis	19
Energie aus Sonne, Wind und Wasser	21
Gesunde Lebensmittel – Schluss mit der Genmanipulation	23
Mobil mit Bus, Bahn und Fahrrad	24
Volle Informationen für den Verbraucher	26
DIE KANDIDATEN FÜR ALLE 45 WAHLKREISE	27-34
Zukunft für den ländlichen Raum	35
Bayern als Reiseziel	37
Für ein starkes und soziales Europa	38
Den Frieden sichern	40
Kampf gegen Hunger und Armut	41
Für eine frei fließende Donau	43
Die Alpen müssen geschützt werden	45
Flughafenregion München	46
Tschechien: Gute Beziehungen zu unserem Nachbarn	47
Verkehrsprojekte	48
Die Erfolge der SPD in der Großen Koalition	54
Weiterführende Links	56
Bilder- und Quellennachweis	58
Impressum	59

## Besser für Bayern

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir – die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten – kämpfen in Berlin dafür, dass es in Bayern gerechter zugeht. Wir wollen ein wirtschaftlich starkes Bayern. Wir wollen, dass unser Land die Krise sicher übersteht! Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgen wir dafür, dass die Lehren gezogen werden, und dass es danach gerechter, demokratischer und ökologischer zugeht.



Auch in unserer nächsten Regierungszeit werden wir uns für unsere Heimat einsetzen: Wir werden uns weiterhin für die Belegschaften stark machen, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden! Wir wollen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen gut durch die Krise kommen. Wir werden weiter gegen Dumpinglöhne kämpfen! Wir werden uns weiter für Familien einsetzen und dafür, dass Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. Der Schutz der Donau wird ein zentrales Thema bleiben. Und wir kämpfen weiter für den Ausstieg aus der Atomenergie und machen uns für den Ausbau der Erneuerbaren Energien stark. In der Grünen Gentechnik sehen wir eine gefährliche Sackgasse für Landwirtschaft und Verbraucher. Wir kämpfen dafür, dass unsere sozialen Sicherungssysteme solidarisch finanziert werden, und dass sie vor den Risiken der Finanzspekulation geschützt werden. Wir wollen, dass es weiter vorwärts geht – nicht rückwärts. Daher muss die SPD in der nächsten Regierung dabei sein!

Ohne die Regierungsverantwortung der SPD wäre in den letzten vier Jahren vieles nicht erreicht worden. In dieser Broschüre wollen wir Ihnen vorstellen, was wir in Berlin für Bayern erreicht haben, und was wir verändern wollen. Wir wollen Sie darüber informieren, was wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Großen Koalition durchsetzen konnten, und wo uns CDU und CSU blockiert haben. Denn in der Öffentlichkeit werden die Unterschiede zwischen den Parteien zu wenig wahrgenommen.

44 Kandidatinnen und Kandidaten der bayerischen SPD wollen Sie im nächsten Bundestag vertreten. Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen einen direkten Draht zu uns ermöglichen. Diskutieren Sie mit uns! Melden Sie sich! Egal ob Sie Unterstützung brauchen, Fragen und Anregungen haben. Wir sind an einem direkten Austausch mit Ihnen interessiert.

Ihr

**Florian Pronold, MdB**  
Vorsitzender der Bayerischen  
SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

# Verantwortung in der Krise! Arbeitsplätze sichern!

## Unsere Ziele

Die Wirtschaftskrise hat klare Ursachen: Falsche Anreize, Selbstüberschätzung und Selbstbedienung von Managern, schamlose Bereicherung. Aber auch: Ungleichgewichte bei der Erwirtschaftung und Verteilung unseres Reichtums. Einzelne Staaten erzielten dauerhafte Überschüsse (China, Japan, Deutschland), andere verschuldeten sich immer mehr (USA). In fast allen Ländern wurden die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer und zahlreicher. Es entstand eine Blase an Geldvermögen und Finanztiteln. Immer größere Geldvermögen suchten immer höhere und riskantere Renditen. Das hatte mit realer Wertschöpfung nichts mehr zu tun und konnte nicht gutgehen. Wir Sozialdemokraten wollen diese Ursachen bekämpfen: Wir wollen klare Regeln und eine wirksame Kontrolle für die Finanzmärkte, deutliche Korrekturen in der Einkommensverteilung durch gerechte Steuern und Entlastung der unteren Einkommen sowie starke Impulse für die deutsche Wirtschaft. Retten, restrukturieren, refinanzieren, reformieren – nach der Krise muss unsere Wirtschaft moderner, ökologischer, gerechter und demokratisch kontrollierbar sein. Deshalb enthält unser Wahlprogramm finanzierbare Lösungsansätze wie die Börsenumsatzsteuer, die Begrenzung von Managergehältern, Haftungsregelungen und den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn. Wir wehren uns dagegen, dass Staat und Steuerzahler nur die Risiken und Lasten der Krise tragen sollen. Wir wollen, dass der Staat und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitbestimmen, was mit den Steuergeldern in den geretteten Unternehmen geschieht, und dass künftige Gewinne wieder an die Allgemeinheit zurückfließen.

## Unsere Erfolge

Die SPD ist Schrittmacher bei der Bekämpfung der Krisenfolgen und beim Erhalt von Arbeitsplätzen. CDU und CSU mit Kanzlerin Merkel schauten konzeptlos und zerstritten zu, während unsere Bundesminister Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Olaf Scholz ganze Arbeit leisteten: Sie haben das Finanzsystem vor dem Zusammenbruch gerettet, große und kleine Unternehmen mit einem Rettungsschirm ausgestattet, Steuern und Beiträge gesenkt und öffentliche Investitionen auf den Weg gebracht.

## Unsere Gegner

CDU, CSU und FDP vertreten traditionell die Interessen derer, die die Krise zu verantworten haben. Als Anhänger der neoliberalen Ideologie sehen sie den Staat, die sozialen Sicherungssysteme und die gerechte Verteilung der Einkommen als Störungen einer „freien“ Wirtschaft. In der Koalition blockieren das CSU-geführte Wirtschaftsministerium und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion alle Lösungsansätze, die den Steuerzahlern nicht nur Lasten und Risiken aufbürden, sondern dem Staat die notwendige Kontrolle und die Einflussmöglichkeiten auf Banken und Unternehmen einräumen wollen.

Im Wahlkampf wiederum wetteifern CSU und FDP um gigantische Steuersenkungsversprechen. Angesichts der enormen Risiken und Defizite in allen öffentlichen Kassen sind diese Versprechen entweder nicht einzuhalten oder ruinieren die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden.

## Unsere Forderungen

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird in Bayern viel später umgesetzt als in anderen Bundesländern. Anstatt das Investitionsvolumen aus eigenen Mitteln aufzustocken, trickst die Staatsregierung zulasten der Kommunen und verbürokratisiert die Weitergabe der Gelder.

Die Bayern-SPD hat dafür gesorgt, dass Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur nach Bayern fließen, in Ortsumfahrungen, Bahnstrecken und Bahnhöfe. Unsere Landtagsfraktion und die Landesgruppe im Bundestag kämpfen gemeinsam für mehr Geld vom Freistaat für die Kommunen, für wirksame Bekämpfung der Steuerhinterziehung, insgesamt höhere Investitionen und eine aktive Anwendung des Unternehmens-Rettungsschirms, also der Kredit- und Bürgschaftsprogramme. Wir fordern, dass diese nicht im Geflecht von Bankeninteressen und Desinformation hängen bleiben!

Und: Bayern muss jetzt die Weichen richtig stellen. Dazu zählt, dass die Abhängigkeit von wenigen Exportindustrien reduziert wird, und dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung - zum Beispiel im Verkehrssektor und bei der Energieeffizienz - ausgebaut werden. Bayern muss außerdem die regionalen Unterschiede ausgleichen und verstärkt in Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege investieren.

# Eine moderne Wirtschaft braucht gute Arbeit!

## Unsere Ziele

Die Bayerische SPD-Landesgruppe will, dass Bayerns Wirtschaft qualitativ wächst – in allen Landesteilen. Das wird nur mit einer gezielten Lenkung und Förderung gehen: Dazu müssen wir die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen und ausbauen. Wir müssen die Forschungsmittel in die Zukunftsbranchen lenken und sozial und ökologisch wichtige Branchen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen stärken. Das geht nur mit qualifizierter, gut bezahlter und sicherer Arbeit.

## Unsere Erfolge

Deshalb hat die SPD auf Bundesebene in den letzten zehn Jahren die Mittel für Innovationen deutlich gesteigert. Davon floss ein überdurchschnittlicher Anteil nach Bayern, zum Beispiel für den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Branche. Auch sämtliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur hat die SPD initiiert: die Entlastung der unteren Einkommen, den Rettungsschirm für Unternehmen, die öffentlichen Investitionen.



## Unsere Gegner

Die CSU hat diese Politik durch ihr Festhalten an alten Strukturen (z. B. Atomenergie) und sinnlosen Großprojekten (Transrapid) bekämpft und durch eine falsche Sparpolitik gebremst. Die Staatsregierung mindert die Wirkung der Konjunkturprogramme durch bürokratische Verfahren, Finanzierungstricks und Untätigkeit bei der Unterstützung der Unternehmen.

In Niederbayern, dem ärmsten Regierungsbezirk Bayerns, liegt das Durchschnittseinkommen um ein Fünftel niedriger als im reichsten Bezirk, in Oberbayern. Zwischen dem reichsten und dem ärmsten Landkreis beträgt die Differenz bei der Kaufkraft sogar 40 Prozent.

	Jahreseinkommen je Einw.	Differenz zum bayer. Durchschnitt
Oberbayern	20.643	9,9
Mittelfranken	18.975	1,1
Schwaben	18.235	-2,9
Oberfranken	17.766	-5,4
Unterfranken	17.598	-6,3
Oberpfalz	17.020	-9,4
Niederbayern	16.555	-11,8
Bayern insges.	18.775	0

## Unsere Forderungen

Mit dem von uns in Berlin durchgesetzten Rettungsschirm für Unternehmen wollen wir auch in Bayern nicht nur Großunternehmen stabilisieren, sondern gerade die Vielzahl der kleinen und mittleren Betriebe durch die Krise bringen und modernisieren. Kurzfristig muss auch in Bayern die Wirkung der Bundesprogramme verbessert werden. Dort, wo Finanzmärkte und Banken versagen, muss die Staatsregierung eingreifen, um schnell bei der Finanzierung von Unternehmen zu helfen und Arbeitsplätze zu retten. Als wirtschaftlich starkes Land muss Bayern auch einen eigenen finanziellen Beitrag für seine Arbeitsplätze leisten anstatt Geld in die Bayerische Landesbank zu stecken.

# Gute Arbeit verdient guten Lohn!

## Unsere Ziele

In Bayern müssen rund 100 000 Menschen ihr Einkommen mit Arbeitslosengeld II aufstocken. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Aufstocker liegt bei 70 Prozent und ist damit höher als in den anderen alten Bundesländern. Als Sozialdemokratinnen und -demokraten kämpfen wir gegen diese Prekarisierung, also für sichere und tariflich gestaltete Arbeitsverhältnisse unter dem Schutz betrieblicher Mitbestimmung. Wer Vollzeit arbeitet und etwas leistet, muss von seinem Lohn auch gut leben können! Daher kämpft die SPD für einen gesetzlichen, existenzsichernden Mindestlohn.

## Unsere Erfolge

Da sich CDU und CSU einem allgemeinen Mindestlohn widersetzt haben, hat die SPD in der Großen Koalition Branche für Branche durchgekämmt und über das Arbeitnehmerentsendegesetz Mindestlöhne geschaffen. Wir haben erreicht, dass rund drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Branchen-Mindestlöhnen profitieren. Nach den Gebäudereinigern und Briefdienstleistern sind 2009 sechs weitere Branchen hinzugekommen: Pflegedienste, Wach- und Sicherheitsgewerbe, Abfallwirtschaft, Bergbauspezialdienste, industrielle Großwäschereien und Weiterbildung. In Bayern hat die SPD das Mindestlohn-Volksbegehren des DGB unterstützt. Hunderttausende hatten schon unterschrieben. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre in



Bayern möglich: Artikel 169 der Bayerischen Verfassung sieht vor, dass „für jeden Berufszweig (...) Mindestlöhne festgesetzt werden (können)...“.

## Unsere Gegner

CSU und FDP lassen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Stich: Sie lehnen den Mindestlohn ab. Stattdessen fordern sie Kombilöhne, also letztlich staatlich subventioniertes Lohndumping. Den Kampf gegen Lohndumping hat die CSU in Berlin gemeinsam mit der CDU verzögert und zu blockieren versucht. In der Zeitarbeitsbranche haben CDU und CSU Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) immer wieder abgeschmettert: Entgegen der Koalitionsabsprachen haben sie sechs verschiedene Vorschläge von ihm abgelehnt. Auch einen besseren Rechtsschutz für Praktikantinnen und Praktikanten verweigern sie.

In Bayern hat die Staatsregierung das Mindestlohn-Volksbegehren verhindert - unter Beifall der FDP. Die CSU unterstützt Lohndumping. Sie nimmt in Kauf, dass öffentliche Aufträge vergeben werden, ohne dass Tariftreue sicher gestellt ist.

## Unsere Forderungen

So kann es nicht weitergehen: Die Armutsfalle ist Realität – trotz Vollzeitjobs leben Menschen im reichen Bayern von Hungerlöhnen. Deshalb steht für die Bayerische SPD-Landesgruppe der Mindestlohn ganz oben auf der Agenda. Armutslöhne müssen durch gesetzliche Untergrenzen verhindert werden!

Wir fordern außerdem Tariftreue bei der Vergabe aller öffentlichen Aufträge. Freistaat und Kommunen dürfen kein Lohndumping unterstützen. Eine große Chance dafür besteht jetzt bei der Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms. Für 2009 und 2010 haben wir veränderte Vergaberegeln geschaffen, die eine Einhaltung regionaler, sozialer und ökologischer Standards ermöglichen.

# Eine gute Versorgung mit einer solidarischen Bürgerversicherung!

## Unsere Ziele

Von einer guten medizinischen Versorgung sollen in unserem Land alle Menschen profitieren – unabhängig von Status, Beruf und Einkommen. Daher kämpfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine solida-

rische Bürgerversicherung, in die alle Einkommen einbezogen werden, auch die der privat Versicherten. Zurzeit beteiligen sich die privat Versicherten nicht an der Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Das ist unsolidarisch! Würden private und gesetzliche Krankenversicherungen zusammengelegt und Kapitalerträge und Spitzeneinkommen einbezogen, so würden mehrere Milliarden Euro in das gesetzliche System fließen. Das würde die Beiträge für alle senken.

## Unsere Erfolge

Die SPD hat vieles erkämpft: Dazu zählt der Versicherungsschutz für alle. Außerdem die Neuordnung der Gesetzlichen Krankenversicherung, Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind Pflichtleistungen, Verbesserungen für die Hospize, der Aufbau von Pflegestützpunkten, höhere finanzielle Leistungen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige, eine bessere Krankenhausfinanzierung usw.

## Unsere Gegner

Die CSU will die Zwei-Klassen-Medizin beibehalten. Sie kämpft für eine Minderheit, nämlich für die Privilegien der Reichen und privat Versicherten, dafür, dass sie den besseren Arzt bekommen, den schnelleren Termin, das Einbett-Zimmer im Krankenhaus. In der Gesundheitsreform hat die CSU ihr übliches Doppelspiel gespielt: In Berlin dafür, in Bayern dagegen. Erst hatte Horst Seehofer den Gesundheitsfonds als Bundesminister mit ausgehandelt, dann hat er ihn mit der CSU in Bayern abgelehnt. Schließlich hat sich die CSU in Bayern an die Spitze der Ärzte-Proteste gestellt und gegen die Gesundheitsreform, die sie im Bund mit verhandelt hat, gewettert. Das ist typisch CSU! Dabei ist der Gesundheitsfonds ein Kompromiss zwischen Bürgerversicherung und Kopfpauschale, auf den sich die SPD mit CDU und CSU zu Beginn der Koalition geeinigt hatte.

Schließlich hat die CSU gemeinsam mit der CDU auch noch das Präventionsgesetz für mehr Vorsorge blockiert, das die SPD in der Großen Koalition verabschieden wollte.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe fordert die Stärkung der ambulanten Versorgung in Bayern, damit die Menschen gerade auf dem Land besser versorgt werden. Wir fordern die zügige Umwandlung des Gesundheitsfonds hin zu einer solidarischen Bürgerversicherung. Die Bayerische SPD-Landesgruppe will

ein Präventionsgesetz, bei dem Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten. Wir wollen die regionale Verantwortung stärken und die flächendeckende Allgemein- und Facharztversorgung beibehalten. Dabei – ebenso wie bei der Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser – muss auch die Staatsregierung endlich ihre Verantwortung wahrnehmen.

## Ein gerechtes Steuersystem! Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache!

### Unsere Ziele

Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir dafür, dass die Steueroasen ausgetrocknet werden und die Anreize für Steuerbetrug verschwinden. Die SPD will eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild Großbritanniens in Höhe von 0,5 Prozent auf Börsen-Wertpapiergeschäfte einführen, um spekulative Exzesse einzudämmen. Wir streiten dafür, dass die Krisenlasten nach dem Verursacherprinzip den Spekulanten und Abzockern aufgebürdet werden und nicht der gesamten Bevölkerung.

### Unsere Erfolge

Wir haben die Erbschaftsteuer erhalten, zahlreiche Steuerschlupflöcher geschlossen, die Reichensteuer eingeführt und das Unternehmensteuerrecht reformiert, damit es international wettbewerbsfähig ist. Die Gewerbesteuer als sichere Einnahmequelle der Kommunen haben wir ausgebaut. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, dass die privaten Haushalte entlastet werden und Schwarzarbeit zurückgedrängt wird, zum Beispiel durch eine verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen.

### Unsere Gegner

Die CSU will Steuersenkungen - aber nur für die Reichen! Deshalb wollte sie die Erbschaftsteuer abschaffen und die Gewerbesteuer für die Kommunen am liebsten gleich mit. Beides haben wir verhindert.

Die Entfernungspauschale wollte die CSU den Pendlerinnen und Pendlern in Bayern kürzen. Die CSU war der Brandstifter! Als die Kürzung bei den Wählerinnen und Wählern nicht ankam, hat sie sich zum Feuerwehrmann aufgeschwungen. Dies war wieder typisch CSU. Erst dagegen, dann dafür.

Die CSU lügt: Sie verspricht Mehrwertsteuersenkungen und hat vorher deren Erhöhung durchgesetzt. Und sie verspricht im Wahlkampf Steuersenkungen statt eine solide Steuerpolitik zu machen.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe kämpft dafür, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir fordern eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkünfte. In Berlin setzen wir uns für eine gerechte Korrektur der Erbschaftsteuer ein, so dass nur die tatsächlich Reichen die Steuerlast zu tragen haben. Die SPD wird als Regierungspartei dafür sorgen, dass die geltenden Steuergesetze konsequent angewendet werden. In Bayern kämpfen wir dafür, dass mehr Steuerfahnder und Betriebsprüfer eingestellt werden, um die Erhebung der dem Staat zustehenden Steuern durchzusetzen.

Wenn die Reichen ihren angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten, tragen die Arbeitenden die Last nicht mehr alleine und können von Steuersenkungen profitieren.

## Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

### Unsere Ziele

Bildung entscheidet über die Zukunftschancen von Kindern. In Bayern sind die Chancen eines Kindes aus einer ärmeren, bildungsfernen Familie sechsmal schlechter, Abitur zu machen, als aus einer wohlhabenden, bildungsnahen Familie. Und dies bei gleicher Begabung und Intelligenz.

Die SPD fordert einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem ersten Geburtstag eines Kindes. Kindertagesstätten wollen wir – als Anlaufstelle für die ganze Familie – flächendeckend zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Bildung muss vom ers-



ten Krippentag bis zum letzten Tag an der Hochschule (Erststudium) gebührenfrei sein! Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Wir wollen in der nächsten Regierungszeit die Investitionen des Staates in Schulen und Hochschulen weiter ausbauen und dies mit einem Bildungszuschlag für sehr hohe Einkommen gegenfinanzieren (Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungssoli“).

## Unsere Erfolge

Wir haben erfolgreich den Ausbau der Kleinkinderbetreuung vorangebracht: Nach Bayern fließen ganze 340 Millionen Euro für zusätzliche Kinderkrippen. Das Ganztagsschulprogramm, von dem über 800 Schulen in Bayern profitieren, haben wir bis 2009 verlängert. Gegen den Widerstand von CDU und CSU hat die SPD den Rechtsanspruch auf frühe Förderung von Kindern ab dem ersten Geburtstag in der Großen Koalition durchgesetzt. Dieser gilt ab 2013. Und ganz wichtig: Wir haben Druck gemacht, damit Kinder arbeitsloser Eltern ein Schulstarterpaket bekommen!

## Unsere Gegner

Die CSU fördert in der Bildung die Zwei-Klassen-Gesellschaft: Jugendliche, deren Eltern kleine Einkommen haben, haben in Bayern schlechtere Chancen auf gute Bildung und damit auf einen guten Job.

Die CSU hat Bayern zu einem Schlusslicht in der Kinderbetreuung und bei den Ganztagschulen gemacht. Sie ist in Bayern für Probleme wie den Lehrermangel verantwortlich, sie hat die Studiengebühren eingeführt, so dass Studierende in die Nachbarbundesländer auswandern. Viele Jugendliche bekommen in Bayern keinen Ausbildungsplatz. Der Freistaat bildet im öffentlichen Dienst fast nicht mehr aus. Die CSU ist rückständig: Sie will ein bildungsfeindliches „Betreuungsgeld“, eine Art Prämie für Eltern, die darauf verzichten, ihr Kind in einer öffentlichen Einrichtung betreuen zu lassen.

Die FDP dagegen setzt auf Gutscheine für Kinderbetreuung, um es dann den Markt richten zu lassen. Sie vergisst, dass es vielerorts in Bayern kaum Angebote gibt, unter denen die Familien auswählen könnten. Außerdem führt dieses System der Privatisierung dazu, dass Zuzahlungen verlangt werden, die sich die meisten nicht leisten können.

## Unsere Forderungen

Die SPD in Bayern kämpft für die Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung, für eine kostenfreie Mahlzeit in Schulen und Ganztageeinrichtungen und für die Abschaffung der Studiengebühren. Mit einer Bildungsmilliarde sollen Probleme wie der anhaltende Lehrermangel in Bayern gelöst werden. Wir fordern den qualitativen und quantitativen Ausbau der Ganztagschulen, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz, den Ausbau der Schulsozialarbeit, ein längeres gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler und eine bessere individuelle Förderung.

Außerdem wollen wir wieder eine bundesweite Koordinierung der Bildungspolitik, die den von der CSU propagierten Extremföderalismus zu Lasten von Kindern und Eltern zurückdrängt.

## Gleiche Chancen und gleicher Lohn für Frauen!

### Unsere Ziele

Frauen müssen im Berufsleben die gleichen Chancen haben wie Männer. Es kann nicht sein, dass sie mit guten Abschlüssen in schlecht bezahlten Teilzeitstellen arbeiten und über die ersten Sprossen der Karriereleiter nicht hinauskommen. So bekommen Frauen in Bayern bei gleicher Arbeit durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn als Männer – eine der höchsten Spannen in Europa. Die SPD fordert daher gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit sowie verbindliche Regelungen, damit Frauen zu Aufstiegschancen und in Führungspositionen kommen. Wir fordern eine gesetzliche Quote für die Besetzung von Aufsichtsräten, wie sie in Norwegen eingeführt wurde.

Seit vielen Jahren kämpft die SPD für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist wichtig für Frauen, da sie überdurchschnittlich zu Dumpinglöhnen arbeiten.

### Unsere Erfolge

Die SPD hat gegen den Widerstand von CDU und CSU das Gleichbehandlungsgesetz durchgesetzt, das die willkürliche Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben und im zivilrechtlichen Bereich verbietet.

Die SPD hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert und dafür gesorgt, dass massiv in Kinderbetreuung und Ganztagschulen investiert

sowie das Elterngeld eingeführt wurde.

Mit dem zweiten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat die SPD auch auf diesem Gebiet ein wichtiges Zeichen gesetzt.

## Unsere Gegner

Die CSU hat ein mittelalterliches Familienbild. Sie ist dafür verantwortlich, dass sich in Bayern Familie und Beruf schwer vereinbaren lassen, und dass Frauen weniger Chancen auf einen guten Beruf und eine gute Bezahlung haben als Männer.

Besonders ältere Frauen haben in Bayern ein deutlich höheres Armutsrisiko als in anderen Bundesländern. Auch ist das Armutsrisiko von Alleinerziehenden in Bayern in den letzten Jahren dramatisch gestiegen.

Eine Gleichstellungspolitik ist von CDU, CSU und FDP auch in Berlin nicht zu erwarten, sie setzen allein auf den freien Markt. Während die Bayerische SPD-Landesgruppe im Bundestag einen Frauenanteil von 50 Prozent hat, kandidieren bei der CSU nur sechs Frauen in 44 Wahlkreisen (knapp 14 Prozent) – das drückt sich auch in der Frauenpolitik aus.

## Unsere Forderungen

Als bayerische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern wir die gleiche Entlohnung von Frauen und Männern, Quotenregelungen im öffentlichen Dienst und Frauenförderung an den Hochschulen usw. (siehe oben). Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen durch den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulplätze. Wir fordern, dass der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz in Bayern zügig verwirklicht wird. Und wir wollen familienfreundlichere Arbeitszeiten, vor allem im öffentlichen Dienst.

# Bessere Hilfen für Alleinerziehende!

## Unsere Ziele

Die SPD will eine gezielte Unterstützung für Alleinerziehende. Mütter und Väter, die ihre Kinder allein erziehen, meistern besondere Belastungen und haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Deshalb wollen wir die Lage der Alleinerziehenden deutlich verbessern.

## Unsere Erfolge

Mit der Neuregelung des Unterhaltsrechts konnten wir erreichen, dass Kinder fortan an erster Stelle stehen – unabhängig davon, ob sie nichtehelich sind oder in einer anderen Beziehung außerhalb des Familienverbundes leben. Damit werden diejenigen geschützt, die sich am wenigsten selber schützen können – die Kinder. Wir konnten dadurch eine Gerechtigkeitslücke schließen, auf die auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung hingewiesen hat.



## Unsere Gegner

Die CSU hat die Besserstellung von Alleinerziehenden jahrzehntelang bekämpft. Die gesellschaftliche Realität wurde von der CSU aus ideologischen Gründen ganz bewusst ausgeblendet – mit verheerenden Folgen für die Alleinerziehenden, die diesem ewig gestrigen Familienbild nicht entsprachen. Eine Anerkennung der gesellschaftlichen Leistung alleinerziehender Elternteile erfolgte erst sehr spät. Dass Kinder bei einem Elternteil oder in Patchworkfamilien aufwachsen, akzeptiert die CSU nur zögerlich.

## Unsere Forderungen

Wir kämpfen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die insbesondere für Alleinerziehende wichtig ist. Nur so können sie in die Lage versetzt werden, Armut aus eigener Kraft zu vermeiden. Wir werden auch weiterhin mit ganzer Kraft dafür eintreten, dass sich die Gesetzgebung an gesellschaftlichen Realitäten orientiert.

# Mehr Teilhabe von Älteren!

## Unsere Ziele

Wir kämpfen dagegen, dass Alt und Jung gegeneinander ausgespielt werden. Alte und junge Menschen müssen zusammenhalten, sie brauchen ihre gegenseitige Unterstützung. Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft

setzen wir uns für eine bessere Teilhabe der Seniorinnen und Senioren ein. So sollen generationenübergreifende Freiwilligendienste und die Rechte der Seniorenbeiräte gestärkt werden. Wir fordern, dass die ältere Generation in den Institutionen mehr Verantwortung tragen kann, wenn sie es möchte. Das bürgerschaftliche Engagement muss stärker gefördert und Altersdiskriminierung bekämpft werden. Die Arbeitswelt muss so gestaltet werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter an ihr teilnehmen können.

## Unsere Erfolge

In den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2009 hat die SPD gegen die Union eine zusätzliche Förderung des Modellprogramms „Freiwilligendienst aller Generationen“ in Höhe von 750.000 Euro sowie eine verbesserte Förderung der zentralen Aufklärungs-, Service- und Netzwerkeinrichtung der Selbsthilfe NAKOS durchgesetzt. Beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zur Bekämpfung von Diskriminierungen hat die SPD die Aufnahme des Merkmals Alter erkämpft – vorbildhaft in der Europäischen Union.

Wir haben den Arbeitslosengeld-I-Bezug für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlängert, Regelungen zur Altersteilzeit verlängert und arbeitsmarktpolitische Anreize zur Beschäftigung älterer Menschen geschaffen und ausgebaut.

## Unsere Gegner

CSU und FDP haben stets eine Bekämpfung von Diskriminierungen als unnötig angesehen, lediglich ein zahnloses Gesetz gefordert und die Aufnahme des Merkmals Alter lange Zeit abgelehnt. Die nationale Kontakt- und Informationsstelle (NAKOS) wollten CDU und CSU aushungern lassen. Bei den generations-

**Ältere am Arbeitsplatz:  
Systematisch abgebaut**

Erwerbsquoten der 55- bis 64-Jährigen in Europa

		davon in Teilzeit
Schweden	69 %	16 %
Dänemark	60 %	16 %
Großbritannien	56 %	17 %
Portugal	52 %	6 %
Estland	52 %	5 %
Finnland	50 %	9 %
Zypern	50 %	5 %
...		
<b>Deutschland</b>	<b>40 %</b>	<b>14 %</b>
...		
Luxemburg	30 %	8 %
Italien	30 %	5 %
Ungarn	29 %	2 %
Belgien	28 %	12 %
Polen	27 %	5 %
Slowakei	25 %	1 %
<b>Slowenien</b>	<b>24 %</b>	<b>3 %</b>

Quelle: Eurostat | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

übergreifenden Modellprogrammen hat die zuständige CDU-Bundesministerin lediglich die Programme der rot-grünen Regierung unter neuen Namen wieder auflegen lassen und keine eigenen, neuen Ideen entwickelt.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe setzt sich für ein Bund-Länder-Programm „Barrierefreie Kommune, barrierefreie Stadt“ ein und unterstützt eine altersgerechte Stadt- und Wohnraumentwicklung. Wir fordern für den Freistaat Bayern – aber auch für andere Bundesländer – ein Seniorenmitwirkungs-gesetz, das die Seniorenbeiräte und -parlamente für mehr Teilhabe der älteren Generation vor Ort unterstützt. Zudem fordert die bayerische SPD einen „Masterplan Seniorenwirtschaft“ zur Förderung von altersgerechten Produkten, Dienstleistungen und innovativen Beschäftigungsfeldern.



## Für eine soziale Stadt ohne Barrieren!

### Unsere Ziele

Um bezahlbares Wohnen zu fördern und soziale Unterschiede und Spannungen in den Städten zu überwinden, wird die SPD das unter Rot-Grün entstandene Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und ausbauen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wollen wir zudem das „barrierefreie Bauen“ als Selbstverständlichkeit etablieren und ein Bund-Länder-Programm „Barrierefreie Kommune, barrierefreie Stadt“ initiieren. Barrierefreiheit nützt nicht nur älteren Menschen, sondern auch Familien mit Kindern sowie Behinderten.

### Unsere Erfolge

Wir haben in der Großen Koalition durchgesetzt, dass gemeinsam mit den Ländern das bundesweite Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ erneut aufgelegt wurde. Insgesamt 760 Millionen Euro Finanzhilfen wurden in den Jahren 1999 bis 2008 zur Verfügung gestellt. Wir haben gegen den Widerstand von CDU und CSU das Wohngeld aufgestockt und die finanzielle Unterstützung im Bereich der Heizkosten ausgedehnt. SPD-Bun-

desminister Tiefensee hat zudem den neuen Haushaltstitel „seniorengerechtes Wohnen“ für die Förderung von altengerechtem Wohnen eingerichtet.

## Unsere Gegner

CDU und CSU haben sich lange gegen eine Erhöhung des Wohngeldes gewehrt und die Hilfe für einkommensschwache Haushalte trotz steigender Energiepreise abgelehnt. Auch die FDP lehnt staatliche Hilfen zur Überwindung von massiven sozialen Unterschieden in unseren Städten ab. Auf dem Gebiet der Barrierefreiheit und der Förderung von altersgerechtem Wohnen gibt es keine Initiativen von CDU, CSU und FDP – sie ignorieren weiterhin die demografische Entwicklung in den Kommunen.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen darauf hinwirken, bezahlbares Wohnen in allen Stadtteilen zu ermöglichen und eine bessere kulturelle, soziale und wirtschaftliche Integration in den Kommunen zu erreichen. Die SPD in Bayern fordert zudem, ein Landesprogramm zur Förderung der Barrierefreiheit an bestehenden Wohngebäuden, zum Beispiel durch den nachträglichen Ein- oder Anbau von Aufzügen, zu installieren.

# Kein Fußbreit den Nazis! Aktiv sein für Demokratie!

## Unsere Ziele

Wunsiedel, Gräfenberg, Passau – Neonaziaufmärsche, Versammlungen und rechte Gewalttaten gehören zur Realität in Bayern. Die braune Szene hat sich öffentlichen Raum erobert. Über 14 Prozent der Bayern haben ein rechtsextrems Weltbild – das ergaben Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Bayerische SPD-Landesgruppe



kämpft in breiten gesellschaftlichen Bündnissen gegen den Rechtsextremismus. Sie fordert, dass der Rechtsstaat Neonazis und Rechtsextreme mit allen Mitteln bekämpft! Rechtsextreme Schläger dürfen nicht mit Geld- oder Bewährungsstrafen davon kommen. Sie müssen in Haft genommen werden. Die NPD verherrlicht den Nationalsozialismus und kämpft offen gegen unsere Demokratie. Daher fordern wir ein NPD-Verbot!

## Unsere Erfolge

Die SPD hat in der Großen Koalition den Kampf gegen den Rechtsextremismus verstärkt. Wir haben Bundesprogramme initiiert wie „Vielfalt tut gut“ und „kompetent. für demokratie“, das letztere gegen den Willen von CDU und CSU. Das Programm „xenos“ konnte auf unsere Initiative hin fortgeführt werden. Die SPD hat durchgesetzt, dass die aktive Jugend- und Bildungsarbeit unterstützt wird, dass Mittel bereit gestellt werden für Aktivitäten in Städten und Stadtteilen, in denen viele Rechtsextreme auftreten, für Programme zum Schutz (potenzieller) Opfer, für Aussteigerprogramme sowie für die Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus usw.

## Unsere Gegner

Die CSU ist auf dem rechten Auge blind. Sie unternimmt wenig, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. So steht im Koalitionsvertrag von CSU und FDP gerade mal ein Halbsatz dazu. Auch war Horst Seehofer nicht bereit, den Zug der Erinnerung zu unterstützen, der das Leid der von den Nazis deportierten Kinder dokumentiert. Die Staatsregierung unternimmt nichts, um die Verbreitung des Rechtsextremismus zu untersuchen. Studien wie die der Friedrich-Ebert-Stiftung zweifelt die CSU an oder redet sie schlecht. In Bayern gibt es keinen einzigen Lehrstuhl zur Erforschung des Rechtsextremismus und für politische Bildung. Auch fehlt das Thema Rechtsextremismus in der Aus- und Weiterbildung von Pädagogen, Polizeibeamten und Mitarbeitern der Justiz. Schließlich fehlt dieses Thema als fester Bestandteil im Geschichts-, Sozialkunde- und Politikunterricht. In ihren Reden und Verfassungsschutzberichten verharmlosen und relativieren konservative Politiker die Gefahren des Rechtsradikalismus, Rassismus und von rechter Gewalt.

## Unsere Forderungen

Die SPD in Bayern fordert, dass das Thema Rechtsextremismus zu einem festen Bestandteil an Schulen und Hochschulen wird. Sie fordert, dass Untersuchungen über dessen Verbreitung in Bayern durchgeführt werden. Außerdem müssen Anlauf- und Beratungsstellen für Elternberatung, Opferberatung usw. geschaffen werden. Die Staatsregierung muss Initiativen, Gruppen und Vereine mit allen Mitteln unterstützen, die sich gegen Rechtsextremismus, für Toleranz und Demokratie engagieren. Sie muss in Aussteigerprogramme für ausstiegswillige Neonazis investieren. Außerdem muss sie dafür sorgen, dass Kommunalpolitiker aufgeklärt werden über Aufmärsche, Immobilienkäufe und Vermietung öffentlicher Räume an Neonazis.

Die Staatsregierung und der Bayerische Verfassungsschutz müssen endlich die Weichen für ein NPD-Verbot stellen, damit diese nicht unter dem Schutz des Parteienprivilegs Versammlungen, Aufmärsche und Kundgebungen veranstalten und öffentliche Mittel abkassieren können.

## Energie aus Sonne, Wind und Wasser! Weg von der Atomenergie!

### Unsere Ziele

Der Klimawandel muss gestoppt werden – das ist für die SPD eines der wichtigsten Ziele des 21. Jahrhunderts. Die SPD strebt für Deutschland eine CO<sub>2</sub>-Minderung von über 40 Prozent bis 2020 an und setzt auf die Erneuerbaren Energien. Unter Federführung der SPD konnte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geschaffen und weiterentwickelt werden, das 47 Länder der Welt mittlerweile übernommen haben. Energie sparen

und Energieeffizienz sind weitere Bestandteile einer nachhaltigen Energiepolitik. Am Atomausstieg hält die SPD fest. Bis 2021 wollen wir das geschafft haben. Auch muss in der Frage der Endlagerung eine Lösung gefunden werden. Zudem verursacht die Sanierung der Endlagerstätten Asse II und Morsleben hohe Kosten. Daran müssen sich die Atomkonzerne beteiligen.



## Unsere Erfolge

Dank der SPD hat die Große Koalition ambitionierte Klimaschutzziele aufgestellt. Auf Initiative der SPD hat die Große Koalition außerdem die Arbeit der rot-grünen Regierung mit dem Wärmedämmprogramm für Altbauten und der Energieeinsparverordnung fortgesetzt. Wir haben die Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um drei Milliarden Euro aufgestockt. Allein zwischen 2005 und 2007 wurden damit mehr als 550.000 Wohneinheiten umfassend saniert beziehungsweise energiesparend neu gebaut. Und ganz wichtig: Dank SPD konnte der Atomausstieg fortgesetzt werden!

## Unsere Gegner

Die CSU setzt nach wie vor auf Atomenergie: In Bayern liegt ihr Anteil an der Stromversorgung bei über 60 Prozent. Zwar ist die Bayerische Staatsregierung auf den Erneuerbare-Energien-Zug aufgesprungen. In der Umsetzung aber hapt es. Landesrechtlichen Regulierungen verhindern, dass z.B. günstige Windstandorte in Bayern für Windenergie genutzt werden können.

Auch redet die CSU von Umweltpolitik und macht das Gegenteil: Das hat die CSU-Blockade beim Umweltgesetzbuch gezeigt. Seehofer hat die Schaffung von Umweltstandards verhindert, die für ganz Deutschland gelten sollten. Und auch die Weigerung von Wirtschaftsminister Guttenberg, ein zukunftsweisendes Effizienzgesetz anzustreben, zeigt die Dinosauriermentalität der CSU.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe fordert, dass Bayern Zukunftsstandort für Photovoltaik, Geothermie, Biomasse bzw. Biogas, für Wind- und Wasserkraft wird. Dafür bietet Bayern beste Standortvorteile: 20 Prozent mehr Sonnenschein als im Bundesdurchschnitt, heißes Tiefenwasser aus Südbayern und Bioenergie aus der Land- und Forstwirtschaft. Und sie setzt sich mit der bayerischen SPD für den Naturschutz ein. Auf Druck der bayerischen SPD wurde 1984 der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in die Bayerische Verfassung aufgenommen.

# Gesunde Lebensmittel – Schluss mit der Genmanipulation!



## Unsere Ziele

Der Schutz von Mensch und Umwelt ist unser oberstes Ziel. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern wir daher die Einrichtung gentechnikfreier Regionen! Nach heutigem Kenntnisstand kann Grüne Gentechnik keinen positiven Beitrag zur Ernährung der Menschen leisten. Sie birgt vielmehr enorme ökologische Risiken und verursacht neue wirtschaftliche Abhängigkeiten. Daher werden wir uns als ersten Schritt für die Änderung des europäischen Rechts einsetzen, denn die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher will keine genmanipulierten Lebensmittel. Um Transparenz in der gesamten Europäischen Union zu bekommen, setzen wir uns für eine einheitliche Kennzeichnung von Produkten ohne Gentechnik ein, wie dies für Deutschland bereits gilt.

## Unsere Erfolge

Wir haben bei der Novelle des Gentechnikgesetzes durchgesetzt, dass Haftungsregelungen unverändert bestehen und öffentlich einsehbare Standortregister erhalten bleiben. Durch die neue „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnungsregelung können Verbraucherinnen und Verbraucher endlich mitentscheiden, ob sich gentechnisch veränderte Lebensmittel auf dem Markt durchsetzen können oder nicht.

## Unsere Gegner

CDU und CSU wollen das Vorsorgeprinzip und die Sicherheitsanforderungen aus dem Gentechnikgesetz streichen. Sie gefährden mit ihrer Politik die Zukunft der gentechnikfreien, konventionellen und ökologischen Landwirtschaft.

Während die CSU in Bayern vollmundig den Anbau ohne Gentechnik fordert, lehnt sie auf Bundesebene mit der CDU einen Koalitionsantrag zur Schaffung von gentechnikfreien Zonen ab. Sie betreibt in Europa eine Politik der Nichtfestlegung und öffnet der Gentechnik damit Tür und Tor.

Die FDP wiederum macht sich stark für den Anbau gentechnisch veränderter Produkte – mit der scheinheiligen Begründung, damit den Hunger in der Welt bekämpfen zu wollen. In Wahrheit sind sich zahlreiche Experten darin einig, dass Armut und Hunger dadurch nur verschärft werden. Die ärmsten Länder würden nur in neue Abhängigkeiten und Schuldenfallen geraten.

## Unsere Forderungen

Wir setzen uns in Bayern für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft ein. Dies sichert Arbeitsplätze in unseren landwirtschaftlich geprägten Regionen, schafft zuverlässige Rahmenbedingungen und sorgt für eine sichere Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit gentechnikfreien Lebensmitteln. Dazu gehören eine konsequente Kennzeichnung und die Schaffung eines rechtsverbindlichen Rahmens für gentechnikfreie Zonen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sich die Bayerische Staatsregierung eindeutig gegen die Grüne Gentechnik positioniert und dies über den Bundesrat vorantreibt.

Gleichzeitig muss die Staatsregierung endlich ihre Möglichkeiten zur Förderung der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus regionaler und biologischer Produktion verbessern.

## Mobil mit Bus, Bahn und Fahrrad!

### Unsere Ziele

Die SPD steht für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Das heißt: Mobilität muss umweltverträglich, flexibel und für alle bezahlbar sein. Eine moderne Verkehrspolitik garantiert die Mobilität aller Bürger und verbindet die verschiedenen Verkehrsmittel miteinander. Vor allem die Schiene, der öffentliche Nahverkehr und die Radinfrastruktur müssen ausgebaut werden. Güter- und Personenverkehr sind verstärkt von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Die SPD fordert die Weiterentwicklung alternativer Antriebe, um die Abhängigkeit vom Öl zu verringern und setzt sich konsequent für die Reduzierung von Lärm und Schadstoffen im Verkehr ein. Wir lehnen eine Privatisierung der Deutschen Bahn ab und setzen uns für einen integrierten Konzern ein.

## Unsere Erfolge

Bayern als Transitland braucht eine gute Fernstraßeninfrastruktur, deshalb wurde der Ausbau der A3, A6 und A8 mit Beteiligung privater Investoren vorangetrieben. Die bayerische SPD hat gegen das unsinnige CSU-Prestigeobjekt Transrapid gekämpft und im Bund für die Wiedereinführung der Pendlerpauschale gesorgt. Wir haben die CO<sub>2</sub>-orientierte Kfz-Steuer ab 1. Juli 2009 durchgesetzt, für den Bau und Ausbau zahlreicher Bundesstraßen und Ortsumgehungen gesorgt und den Ausbau des Radwegenetzes gefördert. Die Bundesregierung hat letztes Jahr den Masterplan Güterverkehr und Logistik beschlossen, der alle Maßnahmen für einen effizienten und umweltfreundlichen Verkehr zusammenfasst.



Bayern hat vom Lärmsanierungsprogramm für Schienenwege besonders profitiert. Zahlreiche Bahnhöfe werden saniert, die Zugstrecke Augsburg-München wird bis 2010 viergleisig ausgebaut. Auch erhält Bayern jährlich rund eine Milliarde Euro an Regionalisierungsmitteln für den Schienenpersonennahverkehr. In den Bundesfernstraßenbau werden in den kommenden Jahren bis 2011 insgesamt 1,5 Milliarden Euro investiert. Bayern ist dank der hohen Investitionsmittel des Bundes das Fahrradtourismusland Nummer Eins. Über den Nationalen Radverkehrsplan fließen in den letzten acht Jahren rund 100 Millionen Euro aus dem Verkehrshaushalt des Bundes in die bayerische Radweeginfrastruktur.

## Unsere Gegner

In der Verkehrspolitik ruhte sich die CSU jahrelang auf den hohen Investitionsmitteln des Bundes aus. Bei den Staatsstraßen reichen die Mittel nicht aus, um den Erhalt und Ausbau zu sichern. Auch ansonsten herrscht im eigenen Verantwortungsbereich Stillstand: Bei der A94 Trasse, bei der Anbindung des Münchner Flughafens, bei den S-Bahnsystemen in München und Nürnberg oder beim Ausbau der Radwege.

## Unsere Forderungen

An vielen konkreten Beispielen können wir zeigen, wie wir die Verkehrsprobleme in Bayern praktisch lösen und welche Verbesserungen wir fordern (siehe Liste mit Verkehrsprojekten).

Wir fordern, dass die bayerische Staatsregierung das Bundesfernstraßennetz über eine optimale Anbindung an Staatsstraßen ergänzt. Die Maut muss umweltorientiert und flexibel ausgebaut werden. Die negativen Folgen des Transitaufkommens müssen reduziert werden. Und die Staatsregierung muss endlich Finanzmittel für den Ausbau von Radwegen bereitstellen.

## Volle Informationen für den Verbraucher!



### Unsere Ziele

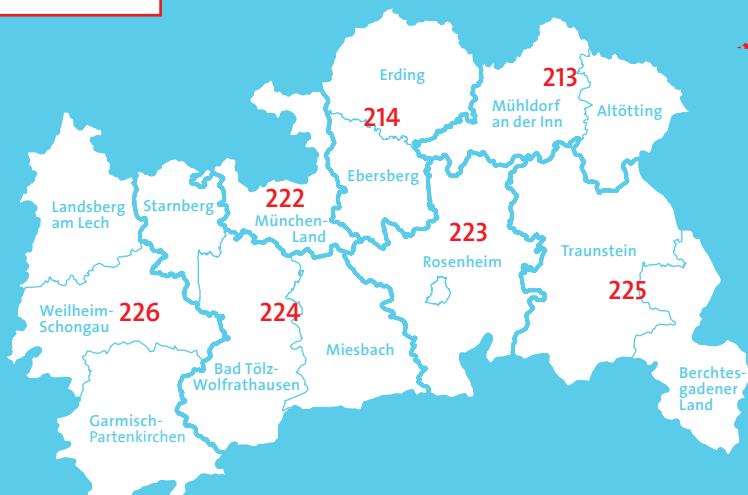
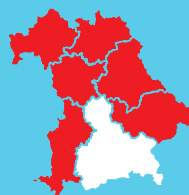
In der Marktwirtschaft entscheiden auch die Verbraucherinnen und Verbraucher über Erfolg oder Misserfolg eines Produktes. Sie haben Einflussmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Als Sozialdemokratinnen und -demokraten fordern wir, dass die Verbraucher bessere Möglichkeiten erhalten, um sich zu informieren. Dazu gehört eine Lebensmittelkennzeichnung, die über Nährwertangaben informiert, wie die „Ampelkennzeichnung“. Für alle Waren und Dienstleistungen, ob bei Banken und Versicherungen, in der Telekommunikation oder bei Strom und Gas gilt: den mündigen Verbraucher kann es nur geben, wenn er voll informiert ist und vor der Übermacht und Intransparenz einzelner Anbieter geschützt wird.

### Unsere Erfolge

In der Großen Koalition haben wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt. Die SPD hat zentrale Forderungen beim Verbraucherinformationsgesetz, beim neuen Versicherungsvertragsgesetz, beim Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge von Selbständigen, bei der Stärkung der Fahrgastrechte für Bahnkunden, bei der Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen und in der Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung durchgesetzt. Wir haben außerdem für weitreichende Regelungen gesorgt, die den Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen verbessert haben.



-  - Wahlkreisgrenze
-  - Landkreisgrenze
- 214** - Wahlkreisnummer
- Erding** - Landkreisname



**213 ALTÖTTING**



**Werner Groß**  
grosswerner@t-online.de

**224 STARNBERG**



**Klaus Barthel**  
klaus.barthel@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordneter

**214 ERDING-EBERSBERG**



**Ewald Schurer**  
ewald.schurer@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordneter

**225 TRAUNSTEIN**



**Dr. Bärbel Kofler**  
baerbel.kofler@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete

**222 MÜNCHEN-LAND**



**Ingrid Lenz-Aktas**  
kontakt@lenz-aktas.de

**226 WEILHEIM**

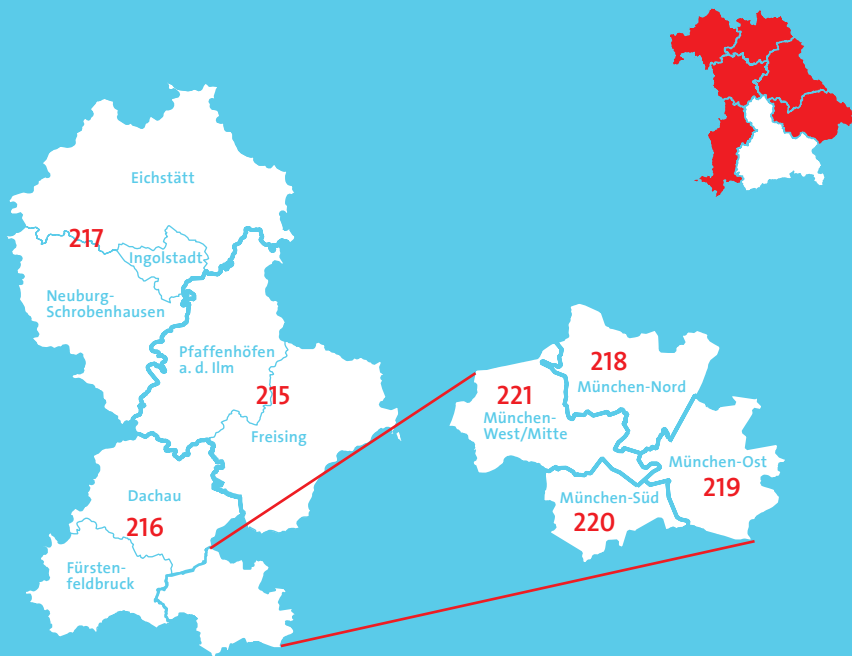


**Angelica Dullinger**  
a.dullinger@gmx.de

**223 ROSENHEIM**



**Angelika Graf**  
angelika.graf@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete



**215 FREISING-PFAFFENHOFEN**



**Uwe Georg Dörnhöfer**  
 uwe.doernhoefer@spd-online.de

**219 MÜNCHEN-OST**



**Claudia Tausend**  
 claudia.tausend@muenchen.de

**216 FÜRSTENFELDBRUCK**



**Peter Falk**  
 p.falk@t-online.de

**220 MÜNCHEN-SÜD**



**Hans Christian Vorländer**  
 team@christian-vorlaender.de

**217 INGOLSTADT**



**Dr. Ursula Engelen-Kefer**  
 engelenkeferu@yahoo.de

**221 MÜNCHEN-WEST/MITTE**

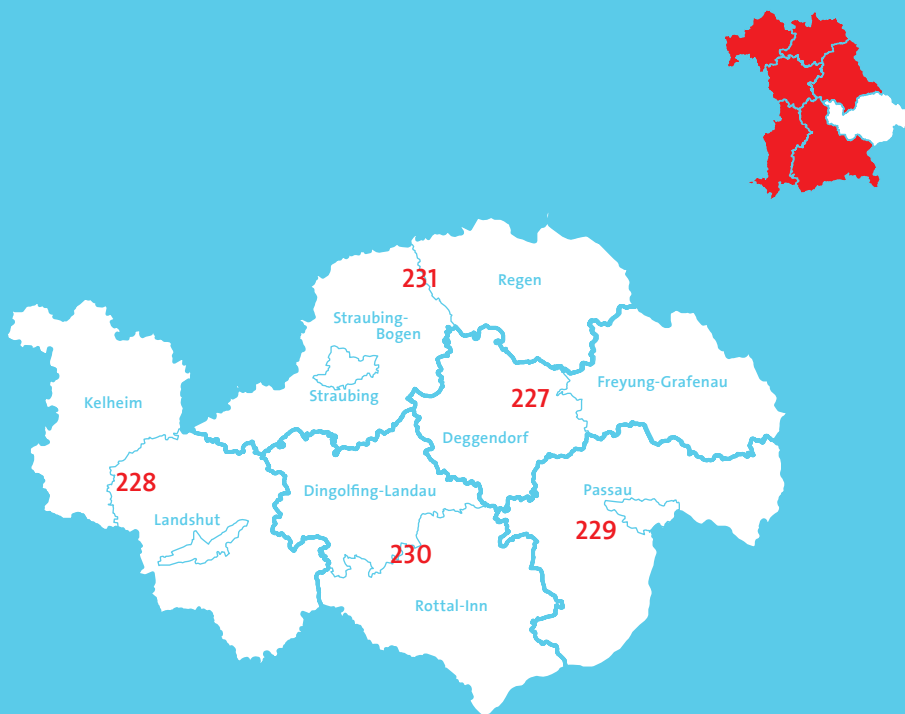


**Roland Fischer**  
 roland@fischer-spd.de

**218 MÜNCHEN-NORD**



**Dr. Axel Berg**  
 axel.berg@wk.bundestag.de  
 Bundestagsabgeordneter



**227 DEGGENDORF**



**Rita Hagl**  
rita-spd@web.de

**230 ROTTAL-INN**



**Florian Pronold**  
florian.pronold@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordneter

**228 LANDSHUT**



**Harald Unfried**  
harald.unfried@t-online.de

**231 STRAUBING**

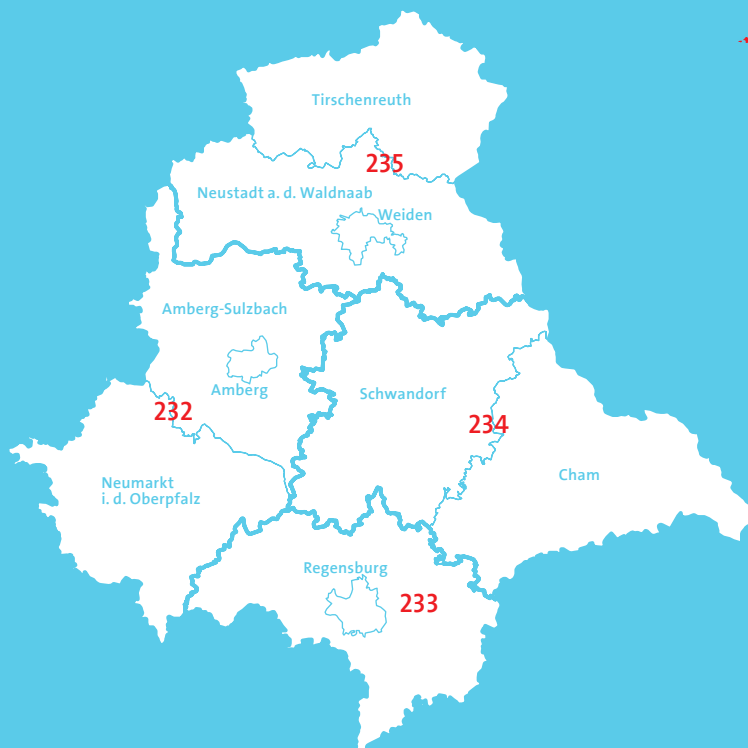


**Michael Adam**  
mail@michael-adam.eu

**229 PASSAU**



**Jella Teuchner**  
jella.teuchner@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete



**232 AMBERG**



**Christian Beyer**  
beyer.christian@t-online.de

**234 SCHWANDORF**



**Marianne Schieder**  
marianne.schieder@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete

**233 REGENSBURG**

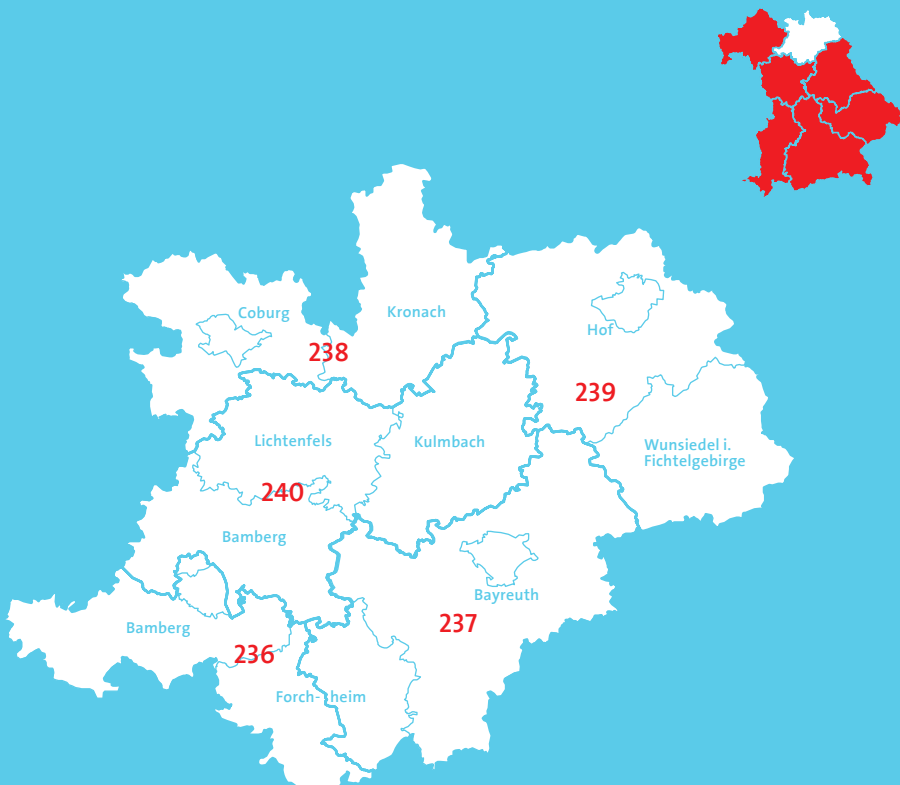


**Karl Söllner**  
karl.soellner@t-online.de

**235 WEIDEN**



**Werner Schieder**  
werner.schieder@t-online.de



**236 BAMBERG**



**Andreas Schwarz**  
andreas.schwarz@strullendorf.de

**239 HOF**



**Petra Ernstberger**  
petra.ernstberger@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete

**237 BAYREUTH**



**Anette Kramme**  
anette.kramme@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete

**240 KULMBACH**

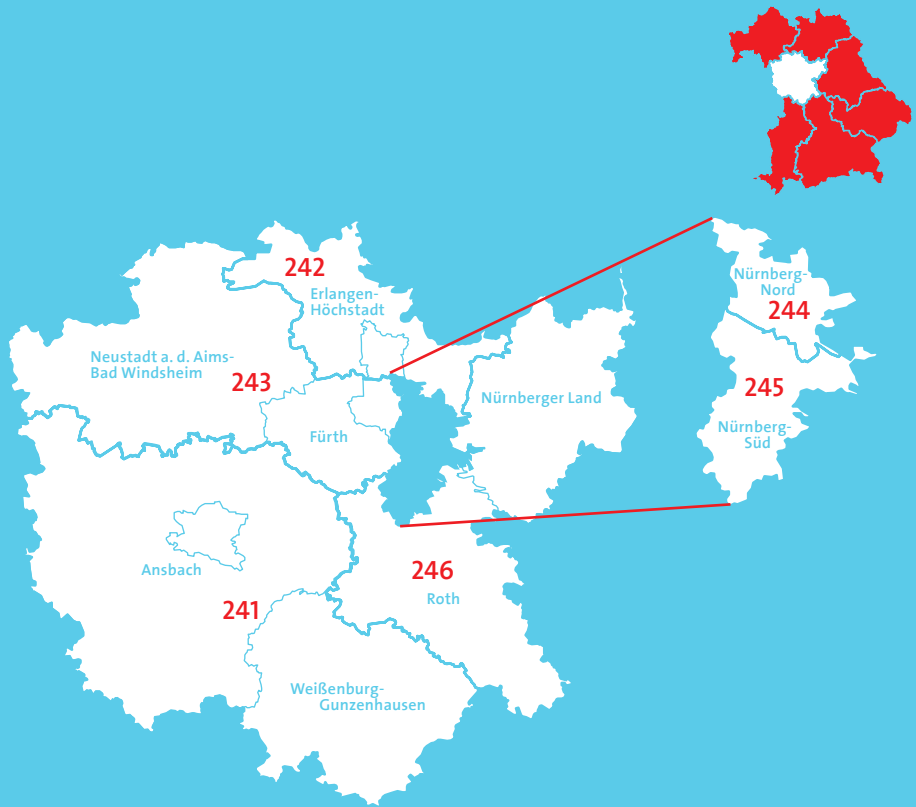


**Claus Stenglein**  
claus-stenglein@gmx.de

**238 COBURG**



**Dr. Carl-Christian Dressel**  
carl-christian.dressel@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordneter



**241 ANSBACH**



**Helga Koch**  
koch-ansbach@arcor.de

**244 NÜRNBERG-NORD**



**Günter Gloser**  
guenter.gloser@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordneter

**242 ERLANGEN**



**Martina Stamm-Fibich**  
martina@martina2009.de

**245 NÜRNBERG-SÜD**



**Martin Burkert**  
martin.burkert@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordneter

**243 FÜRTH**

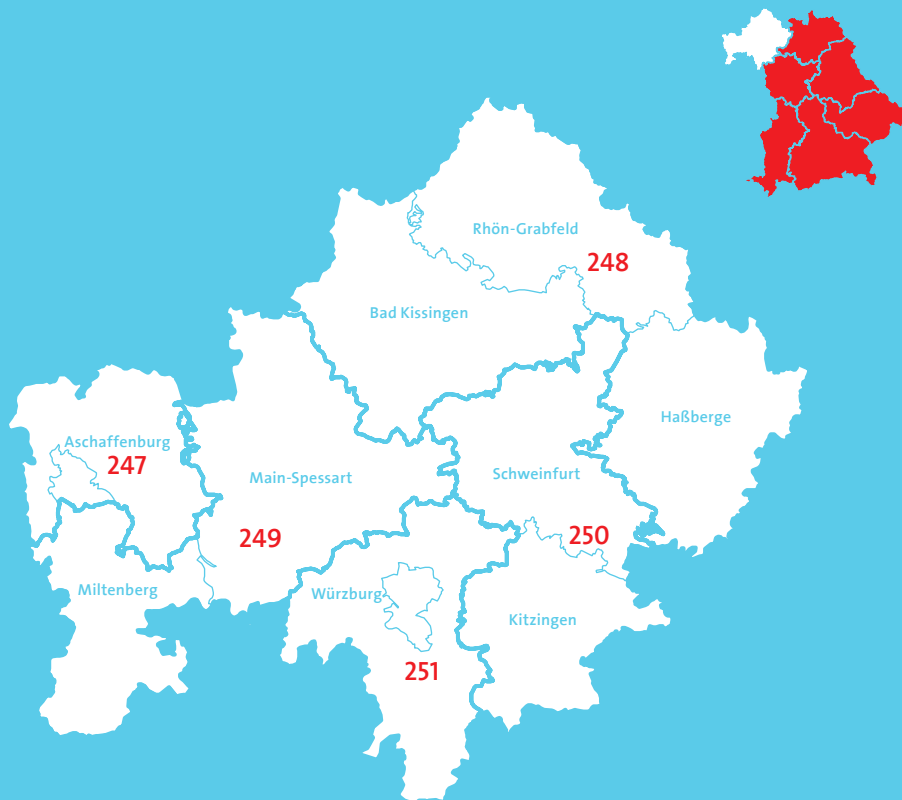


**Marlene Rupprecht**  
marlene.rupprecht@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete

**246 ROTH**



**Dr. Hannedore Nowotny**  
hando.nowotny@t-online.de



**247 ASCHAFFENBURG**



**Andreas Parr**  
andreas.parr@parr-nach-berlin.de

**250 SCHWEINFURT**



**Frank Hofmann**  
frank.hofmann@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordneter

**248 BAD KISSINGEN**



**Dr. h. c. Susanne Kastner**  
susanne.kastner@wk.bundestag.de  
Bundestagsabgeordnete

**251 WÜRZBURG**

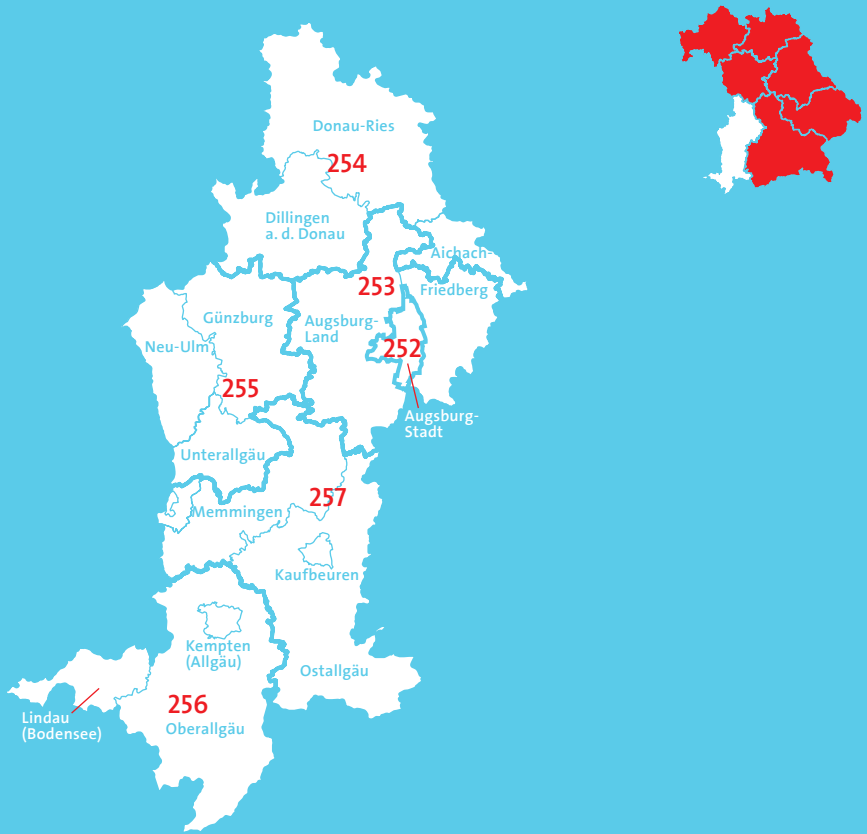


**Marion Reuther**  
kontakt@marion-reuther.de

**249 MAIN-SPESSART**



**Bernd Rützel**  
kontakt@bernd-ruetzel.de



**252 AUGSBURG-STADT**



**Heinz Paula**  
 heinz.paula@wk.bundestag.de  
 Bundestagsabgeordneter

**253 NEU-ULM**



**Dr. Karl Heinz Brunner**  
 info@karl-heinz-brunner.de

**255 AUGSBURG-LAND**



**Maria Hackl**  
 mh@maria-hackl.de

**256 OBERALLGÄU**



**Reinhard Strehlke**  
 post@reinhard-strehlke.de

**254 DONAU-RIES**



**Gabriele Fograscher**  
 gabriele.fograscher@wk.bundestag.de  
 Bundestagsabgeordnete

**257 OSTALLGÄU**



**Rolf Spitz**  
 rolfspitz@gmx.de

## Unsere Gegner

Über viele Jahre hinweg haben wir für einen Rechtsanspruch auf Information bei den Behörden gekämpft, CDU und CSU haben uns dabei in Bund und Ländern blockiert. Während wir das Verbraucherinformationsgesetz durchsetzen konnten, haben CDU und CSU unsere Forderung nach Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln blockiert. Sie ziehen die Verbraucherinnen und Verbraucher über den Tisch: Ihre populistischen Forderungen entpuppen sich als Täuschungsmanöver. Ein Beispiel: Die Forderung von CDU, CSU und FDP nach großzügigeren Entschädigungsregelungen im Eisenbahnverkehr hätte nur bewirkt, dass Bahnfahrten teurer geworden wäre, um das zu finanzieren. Die FDP wollte beispielsweise die Postkunden über die Mehrwertsteuer auf Briefmarken und Leistungsverlechterungen bei den Pflichtleistungen der Post abzocken.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe kämpft dafür, dass die Möglichkeiten des Verbraucherinformationsgesetzes weiter ausgebaut werden. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher genügend Informationen bekommen. Und wir wollen die Rahmenbedingungen für Lebensmittelsicherheit und Nährwertkennzeichnung schaffen. In Bayern unterstützen wir die Arbeit von unabhängigen Institutionen wie den Verbraucherzentralen, damit sich die Verbraucherinnen und Verbraucher informieren können. Auch wollen wir die staatliche Lebensmittelkontrolle wirksamer gestalten und ausbauen, damit der Verbraucherschutz nicht nur auf dem Papier steht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Skandale aufdecken, brauchen einen arbeitsrechtlichen Schutz.

# Zukunft für den ländlichen Raum!

## Unsere Ziele

Die SPD kämpft dafür, dass sich die kleinen Städte und Dörfer ebenso modernisieren können wie die Metropolen. In unserer kommenden Regierungszeit werden wir eine Innovationsoffensive für den ländlichen Raum starten. Auch wenn die Landwirtschaft weniger Raum einnimmt als in der Vergangenheit, ist sie ein wichtiger Faktor. Die SPD kämpft für eine landwirtschaftliche Strukturpolitik, die nicht nur den Großbetrieben nützt, sondern die bäuerlichen Familienbetriebe stärkt. Wir kämpfen für eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft.

## Unsere Erfolge

Der Schutz der Natur ist für das Land überlebenswichtig. Daher haben wir in der Großen Koalition unterschiedliche Gesetze für den Tier- und Pflanzenschutz durchgesetzt. Mit der Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes ist es uns gelungen, zusätzliche Einnahmequellen für die Landwirtschaft zu sichern. Auch haben wir die Sozialversicherung für die Beschäftigten in der Landwirtschaft modernisiert.



Und ganz wichtig: Wir haben in den Konjunkturpaketen umfangreiche Mittel für die Breitbandversorgung auf dem Land, für die Dorfsanierung, Kinderbetreuung und Schulen durchgesetzt.

## Unsere Gegner

Die SPD fordert gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Populismus und Wankelmütigkeit, wie sie die CSU an den Tag legt, sind hier fehl am Platz. Außerdem kümmern wir uns um die tatsächlichen Probleme der Landwirtschaft, während die CSU mit Scheindebatten um Agrardiesel, Erbschaftssteuer und Agrarsubventionen von den eigentlichen Problemen ablenkt. So stehen wir für die Steuerbefreiung für den Öffentlichen Personennahverkehr bei Verwendung von Biosprit eingeführt, um unseren heimischen Landwirten und Ölmühlen eine zusätzliche Einnahmequelle zu ermöglichen. Die CSU aber war strikt dagegen. Äußerst kritisch beobachten wir die FDP, die unsere Landwirtschaft – gerade in Bayern – zugunsten einer weiteren Anpassung an den Weltmarkt opfern will.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe fordert, dass Landwirte für ihre Produkte eine faire Entlohnung bekommen. Zum Wohle der bayerischen Landwirtschaft müssen wir die EU-Beschlüsse für den Milchmarkt überprüfen und neu diskutieren.

Denn wer den Milchbauern die Existenzgrundlage raubt, der versetzt dem ländlichen Raum den Todesstoß. Landflucht kann man nur aufhalten, wenn die Menschen auf dem Land ein gutes Einkommen, eine gute Bildung und eine moderne Infrastruktur haben. Daher fordern wir eine schnelle Anbindung unserer Dörfer an das Breitband-Internet mittels moderner Technik, die morgen nicht schon wieder veraltet ist. Hier benötigen wir unbürokratische Förderrichtlinien von der Bayerischen Staatsregierung, die die Situation der ländlichen Kommunen mehr berücksichtigen sowie eine gesetzliche Regelung, die einen Anspruch aller Haushalte auf breitbandige Telekommunikation begründet (Universaldienst).

## Bayern als Reiseziel: SPD macht sich für Tourismus stark!

### Unsere Ziele

Bayern hat als Reiseziel viel zu bieten. Menschen kommen aus der ganzen Welt, um Land und Leute kennen zu lernen. Die SPD hat dafür gesorgt, dass die Tourismuswirtschaft in ganz Deutschland Impulse für Wachstum und Beschäftigung bekommt. Davon profitiert auch Bayern. Voraussetzungen sind die Verbesserung der Qualität und die Entwicklung eines nachhaltigen und sanften Tourismus. Die SPD will einen "Tourismus für alle": Für Jung und Alt, für Gesunde und Gehandicapte und für Urlauber mit kleinen Budgets.



### Unsere Erfolge

Die SPD hat sich in der Großen Koalition für tourismuspolitische Leitlinien stark gemacht: Gerade in Krisenzeiten sind Rahmenbedingungen für die Tourismusbranche notwendig. Die Staatsregierung muss nun diese Leitlinien mit Leben füllen. Auch hat die SPD für die kontinuierliche Erhöhung der Bundesmittel für die Deutsche Zentra-

le für Tourismus gesorgt: Dieser stehen jetzt knapp 26,5 Millionen Euro im Jahr für ihre Auslandswerbung zur Verfügung.

## Unsere Gegner

Die CSU nimmt den Tourismus als regionalen Wirtschaftsfaktor nicht ernst und will sich auf dem Erreichten ausruhen. Zwar ist Bayern das Reiseziel Nummer Eins in Deutschland. Die Konkurrenz aber schläft nicht, und es gibt nach wie vor strukturschwache Regionen in Bayern, die über den Tourismus Einnahmen bekommen könnten.

## Unsere Forderungen

Bayern ist das beliebteste Reiseziel in Deutschland. Die Bayerische SPD-Landesgruppe fordert daher höhere Zuschüsse durch den Freistaat zur Förderung der Tourismusbetriebe, nicht nur für Modernisierungen, sondern auch für Neuinvestitionen.

Die bayerische SPD will die Attraktivität von Berufen in Gastronomie und Hotellerie steigern. Dazu gehört neben verbesserten Arbeitsbedingungen auch eine bessere Bezahlung sowie die systematische Verbesserung der Aus- und Weiterbildung in der Tourismusbranche. Neben Fremdsprachenkenntnissen müssen kulturelle Kenntnisse über die Herkunftsländer der Gäste vermittelt werden.

# Für ein starkes und soziales Europa!

## Unsere Ziele

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir das europäische Sozialstaatsmodell weiterentwickeln. Dazu muss auch das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung eingefasst sein. Einem einseitig marktliberalen Modell von Europa erteilt die SPD eine klare Absage und fordert einen umfassenden europäischen Sozialpakt, der die Institutionen der EU und die Partnerländer an ähnlich hohe soziale Standards bindet wie sie in Deutschland gelten.

## Unsere Erfolge

Gemeinsam mit den anderen sozialdemokratischen Parteien hat die SPD in vielen Bereichen soziale Rechte für die EU verbindlich festgeschrieben. Das gilt für

eine bessere Arbeitnehmervertretung und Stärkung von Betriebsräten in eÜuropäischen Konzernen, aber auch für den Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt. Marktradikale Richtlinienentwürfe haben wir entschärft, wie etwa die Dienstleistungsrichtlinie. Damit haben wir Regelungswirrwarr, neuen Privatisierungsdruck auf die „Daseinsvorsorge“ und Lohndumping verhindert.



## Unsere Gegner

Die CSU kämpft aktiv gegen die Festschreibung verbindlicher Standards für Löhne, Arbeitsschutz, Arbeitnehmervertretung oder Umweltschutz. Schlimmer noch: Sie schürt Ängste vor Europa und erfindet täglich neue Geschichten von Bürokratiemonstern, an deren Entstehen sie oft selbst schuld ist. Durch Plebiszite soll außerdem die Weiterentwicklung Europas völlig verhindert werden. Ein erklärter Gegner des Vertrags von Lissabon wurde Generalsekretär der CSU. Außerdem kehrt die CSU den östlichen Nachbarn, besonders der Tschechischen Republik, noch immer die kalte Schulter zu. Damit vergibt sie sich auch wichtige Marktchancen für die bayerische Wirtschaft. Die Meinung einer politisch sehr

aktiven Minderheit unter den Vertriebenen ist der CSU-Führung wichtiger als eine gute Beziehung zu unseren Nachbarländern.

## Unsere Forderungen

Für die Bayerische SPD-Landesgruppe ist eine gute Nachbarschaft und eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas wirtschaftlich, kulturell und sozial von großer Bedeutung. Nach Süden brauchen wir die enge Kooperation vor allem zur Lösung der gemeinsamen Verkehrsprobleme und für den Schutz der Alpen.

## Den Frieden sichern!

### Unsere Ziele

Die SPD will in der kommenden Regierungszeit ihre erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik fortsetzen. Als Sozialdemokratinnen und –demokraten treten wir für neue Abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen ein. Auf Abgrenzungstendenzen und Nationalismus antworten wir mit Dialogbereitschaft und Kooperation, um den Frieden sowie internationale Gerechtigkeit weiterzuentwickeln. Zu unseren Schwerpunkten zählt daher die Abrüstungspolitik und Rüstungskontrolle. Wir wollen ein atomwaffenfreies Europa. Wir setzen uns für die Stärkung der Europäischen Union ein und für den Ausbau der euro-atlantischen Partnerschaft. Wir unterstützen den Aufbau Afghanistans und entwickeln gleichzeitig eine Rückzugsstrategie. Wir treten ein für die Sicherung der internationalen Schifffahrtswege und Bekämpfung der Piraterie. Und wir stehen für die parlamentarische Kontrolle internationaler Bundeswehreinätze.

### Unsere Erfolge

Konfliktprävention und Friedenssicherung stehen im Mittelpunkt unserer internationalen Verantwortung. Bundeswehreinätze sind nur auf Grundlage eines UN-Mandates und Parlamentsbeschlusses zulässig. Mit der Task Force Afghanistan hat die SPD-Bundestagsfraktion als einzige Fraktion ein Gremium geschaffen, das den Wiederaufbau- und Stabilisierungsprozess in diesem Land parlamentarisch begleitet. In Afghanistan ist es der SPD-Bundestagsfraktion außerdem gelungen, den Einsatz der Bundeswehr auf das ISAF-Mandat zu begrenzen. Im Südkaukasus ist es auch dem Beitrag unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier zu verdanken, dass durch Verhandlungen der Konflikt

deeskaliert und das Töten beendet werden konnte. Wir haben an einer Trennung zwischen den Aufgaben der Bundeswehr und der Polizei festgehalten.

## Unsere Gegner

Für die CSU steht die Wahrung der Inneren Sicherheit und die Abschottung der so genannten „westlichen Wertegemeinschaft“ im Mittelpunkt. Die CSU ist im Blockdenken gefangen und beurteilt die Welt oft im Freund-Feind-Schema. Die Haltung der FDP ist zu oft an kurzfristigen Meinungsbildern orientiert, etwa als es um den ersten ISAF-Einsatz ging oder um den Einsatz der Marine im Mittelmeer.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe unterstützt Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Wir wollen Globalisierung gerecht gestalten. Politik muss Vorrang vor den Kräften des Marktes haben, damit nicht neue Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten entstehen. Internationale Entscheidungsmechanismen müssen transparenter werden, um ihre demokratische Rechtfertigung zu sichern.

# Kampf gegen Hunger und Armut! Für einen gerechten Welthandel!

## Unsere Ziele

Aufgabe von Entwicklungspolitik ist es, zu einer sozial und ökologisch gerechten Gestaltung von Globalisierung beizutragen. Die SPD steht zu den von den UN beschlossenen Millenniums-Entwicklungszielen. Dazu gehört auch die Halbierung der Armut in der Welt bis 2015.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise eröffnet Chancen zur Neuordnung der weltweiten Finanzarchitektur. Wir wollen starke internationale Institutionen und mehr Finanzkontrolle durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank sowie mehr Mitsprache von den Schwellenländern.

Entwicklungsländer brauchen ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und eine gerechte Welthandelsordnung. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme der WTO-Entwicklungsrunde ein und für den Abbau handelsverzerrender Zölle und Exportsubventionen.

## Unsere Erfolge

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir die Entwicklungspolitik in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema gemacht und große Anstrengungen unternommen, um die Finanzmittel für den Kampf gegen Armut zu steigern. Bis 2015 wollen wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonational-einkommens erhöhen.

Wir engagieren uns für den internationalen Umwelt- und Klimaschutz und dafür, dass soziale Sicherungssysteme in Entwicklungsländern aufgebaut werden.

Wir wollen die Eigenverantwortung der Regierungen und die Arbeit der Parlamente in den Entwicklungsländern stärken. Unsere entwicklungspolitische Arbeit werden wir auch in der kommenden Regierungszeit auf die Bekämpfung von Armut, auf die Sicherung von Frieden und die Förderung von Demokratie ausrichten.



## Unsere Gegner

Die CSU hängt der Zeit hinterher. Sie blockiert den Einsatz von modernen Finanzierungsinstrumenten wie der Budgethilfe. Dabei muss es einen Instrumentenmix geben, der auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen in unseren Partnerländern abgestimmt ist.

Die FDP glaubt die Welt durch reine Außenwirtschaftspolitik entwickeln zu können und hält das Entwicklungsministerium für überflüssig. Wohin diese Wirtschaftsgläubigkeit führt, sieht man derzeit in der Finanzkrise: Unregulierte Märkte führen zu einem Raubtierkapitalismus. Es sind die Ärmsten, die darunter am meisten leiden.

## Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe fordert, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Bayern zu verstärken, um mehr Bewusstsein für die Nord-Süd-Problematik zu schaffen. Da von der Staatsregierung nichts kommt, hat die bayerische SPD das Forum Eine Welt Bayern gegründet, das die Landesgruppe unterstützt: Als Partei Willy Brandts haben wir eine lange Tradition in der internationalen Politik. Wir wollen mit dem Forum Eine Welt Bayern das Bewusstsein für die Herausforderungen einer sich globalisierenden Welt schärfen und Ideen für eine soziale und gerechte Politik weiterentwickeln.

## Für eine frei fließende Donau!

### Unsere Ziele

Die frei fließende Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist ein Naturjuwel von nationaler und internationaler Bedeutung. Sie darf nicht wirtschaftlichen Gesichtspunkten geopfert werden! Die Bayerische SPD-Landesgruppe fordert daher die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zum sanften Ausbau der Donau aus dem Jahr 2002, bekannt unter der Variante A. Das bedeutet für die Donau zwischen Straubing und Vilshofen, dass es mit der SPD keine Staustufen und Querbauwerke im frei fließenden Bereich geben wird. Wir fordern eine nachhaltige Entwicklung des bayerischen Donaoraumes in der sich Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit im Einklang befinden. Der Donauzerstörung zu Gunsten einer subventionierten Binnenschifffahrt erteilen wir eine klare Absage.

### Unsere Erfolge

Mit dem Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 2002 wurde eine Grundsatzentscheidung für den sanften Ausbau getroffen. Der von der SPD geforderte stau-stufenfreie Donauausbau nach Variante A ist der ideale Kompromiss zwischen der Förderung der Binnenschifffahrt, den Belangen des Naturschutzes und den Bedürfnissen von Landwirtschaft und Tourismus in der Region.

### Unsere Gegner

Die Bayerische Staatsregierung versucht sich seit Jahren über geltendes nationales und europäisches Recht hinwegzusetzen und betreibt mit ihrer Ausbaupa-



riante C 2,80 die Zerstörung der letzten 70 Kilometer frei fließende Donau in Deutschland. Diese Variante kostet mit über 250 Millionen Euro doppelt so viel wie die staustufenfreie Variante A. Die CSU missachtet den Willen der Bevölkerungsmehrheit und blockiert die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses aus dem Jahr 2002 für einen sanften Ausbau. Die Einstufung der frei fließenden Donau als "natürliches" Gewässer kurz vor der Wahl durch Bayerns CSU-Umweltminister Söder ist heiße Luft. Diese wird erst nach der Bundestagswahl rechtsbindend und kann deshalb jederzeit wieder rückgängig gemacht werden. Die FDP ist bei der Frage des Donauausbaus gespalten. Solange es galt im bayerischen Wahlkampf für Wählerstimmen zu sorgen, stellte sich die FDP hinter die Forderung nach einem Verzicht auf Staustufen. Allerdings hat die Bayern-FDP diese Forderung zu Gunsten der Regierungsbeteiligung aufgegeben: Im Koalitionsvertrag klammerten CSU und FDP die Lösung der Donaufrage aus.

### Unsere Forderungen

Die Bayerische SPD-Landesgruppe kämpft für die frei fließende Donau. Wir fordern eine größtmögliche Transparenz in den Verfahren, die Beteiligung der Naturschutzverbände und der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Ausschreibung von Aufträgen, die Überprüfung der veralteten Bedarfsprognosen und den bedarfsgerechten Ausbau der donauparallelen Bahnverbindung. Außerdem muss der ökologische Hochwasserschutz schnell umgesetzt werden. Darüberhinaus fordern wir die Anerkennung der frei fließenden Donau in Niederbayern als Weltnaturerbe.

# Die Alpen müssen geschützt werden!

## Unsere Ziele

Die Alpen müssen als ein gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum gesehen werden, den sich Bayern mit seinen Nachbarländern teilt. Sowohl die ökologischen Probleme aus dem Landverbrauch, der Verkehrsbelastung und dem Klimawandel, als auch die wirtschaftliche Umstrukturierung können wir nur in enger Abstimmung lösen. Gleiches gilt für die Folgen des Klimawandels, der im Alpenraum besonders gravierende Folgen haben wird.

## Unsere Erfolge

Das von uns geführte Bundesumweltministerium unterstützt nicht nur zahlreiche Einzelprojekte, wie z. B. bei der Klimaforschung auf der Zugspitze, sondern beteiligt sich aktiv am grenzüberschreitenden Alpenschutz. Dazu gehören grundlegende Untersuchungen zum Klimaschutz und profunde Klimaschutzkonzepte (siehe hierzu auch die Publikation „Klimawandel in den Alpen – Fakten, Folgen, Anpassung“). Besonders wichtig auch: die starke Partnerschaft bei der Alpenkonvention und in der Umsetzung der erklärten Ziele Energiewandel, Verkehrsstrategie, wirtschaftliche Entwicklung im Alpenraum. Informationen und Unterlagen zu diesen Themen sind über die jeweiligen SPD-Wahlkreisbüros erhältlich.



## Unsere Gegner

Die CSU reduziert ihre Regionalpolitik auf kaum wirksame Einzelprojekte ohne inneren Zusammenhang. Orte und Täler werden gegeneinander ausgespielt, Erschließungsmaßnahmen, Schneekanonen und Almstraßen überall beliebig gefördert und der Flächenverbrauch auf Rekordhöhe getrieben. Durch die Konzeptlosigkeit der Staatsregierung stecken wichtige Verkehrsprojekte seit Jahren in der Sackgasse.

## Unsere Forderungen

Bayern braucht ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Alpenraum, das mit den Kommunen und dem Bund, aber auch den Nachbarländern abgestimmt ist. Wir wollen gezielt, aber nicht flächendeckend, Arbeitsplatzangebote entwickeln, Verkehrsströme bündeln, vor allem auf der Schiene, und das Ökosystem Alpen als Gesamtheit schützen.

## Flughafenregion München: Ausbau prüfen, Anschluss verbessern, Arbeitsbedingungen sichern!

### Unsere Ziele

Der Flughafen München ist eine Drehscheibe für Reisende aus dem In- und Ausland. Zudem haben viele Menschen aus dem Münchner Umfeld hier ihren Arbeitsplatz. Der Flughafen ist für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns ein wichtiger Faktor. Trotzdem gilt: Es gibt Grenzen des Wachstums und es gibt eine Belastungsgrenze für die rund 500 000 Menschen, die in unmittelbarer Nähe zum Flughafen leben! Der zu erwartende Rückgang der Passagierzahlen in den nächsten Jahren und der internationale Vergleich mit Flughäfen wie Heathrow zeigen, dass eine dritte Startbahn ökonomisch riskant und ökologisch belastend ist. In Deutschland werden mit einer zusätzlichen Landebahn in Frankfurt (Main) und der Fertigstellung des BBI-Flughafens bei Berlin neue Kapazitäten entstehen. Im Zuge eines nationalen und europäischen Verkehrskonzepts fordern wir eine Überprüfung des Bedarfs, des Nutzens und der Kosten (auch der regionalen, sozialen und ökologischen) für eine dritte Startbahn.

### Unsere Gegner

Die CSU hat alles um den Flughafen herum verschlafen: eine vernünftige Bedarfsanalyse, eine Integration in das öffentliche Verkehrsnetz und die Sicherung guter Arbeitsbedingungen. So hat sie jahrelang auf das verkehrspolitisch unsinnige Prestigeobjekt Transrapid gesetzt und keinerlei Vorstellungen für eine Fernbahnanbindung entwickelt. Selbst die dringend notwendige Ringschlussverbindung der S-Bahnen Erding und Freising wird jetzt wieder in Frage gestellt. Dabei ist das Straßennetz in der Flughafenregion bereits heute stark überlastet.

## Unsere Forderungen

Die SPD in Bayern will, dass endlich der Ringschluss der S-Bahn, eine schnelle Verbindung zur Innenstadt und Fernbahnanbindungen zum Flughafen geschaffen werden. Alle Beschäftigten am Flughafen brauchen den Schutz tariflicher Arbeitsbedingungen. Die Dritte Startbahn gehört im Lichte der neuen Entwicklungen und Erkenntnisse auf den Prüfstand gestellt. Wir halten es für überflüssig und schädlich, zusätzlichen Luftverkehr wie die Geschäftsfliegerei im Umland zu verteilen. Deshalb lehnen wir beispielsweise eine Nutzung des Sonder- und Forschungsflughafens in Oberpfaffenhofen über das bestehende Maß hinaus ab.

## Tschechien: Gute Beziehungen zu unserem Nachbarn!

### Unsere Ziele

Die bayerische SPD hat ein besonderes Interesse an der Grenzregion im östlichen Bayern. Denn nach wie vor befindet sich Ostbayern im strukturellen Wandel: Viele Städte und Dörfer zwischen Hof und Passau sind von Abwanderung betroffen, da den Bürgerinnen und Bürgern dort eine Perspektive fehlt. Daher kämpft die bayerische SPD für Unterstützung, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

### Unsere Erfolge

Während sich die CSU zu Beginn der Großen Koalition gegen die Weiterführung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ausgesprochen hat, haben sich die bayerischen SPD-Bundstagsabgeordneten erfolgreich für den Erhalt dieses wichtigen Förderinstruments eingesetzt. Mehrere Millionen Euro konnten daher in den vergangenen Jahren in Ostbayern investiert werden, und sie stehen auch in den kommenden Jahren für den heimischen Mittelstand zur Verfügung.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen die ostbayerisch-böhmische Grenzregion als eine gemeinsame Wirtschaftsregion, deren weiteres Zusammenwachsen von entscheidender Bedeutung ist. Wir setzen deshalb auf eine anhaltende Förderung grenzüberschreitender Initiativen zur Schaffung eines starken Europa.

## Unsere Gegner

Die CSU hingegen hat nach wie vor ein gestörtes Verhältnis zu unseren tschechischen Nachbarn und begründet dies aus historischer Perspektive. Diese rückwärtsgewandte Sichtweise ist jedoch fahrlässig.

## Unsere Forderungen

Gute, vorurteilsfreie und unbelastete nachbarschaftliche Beziehungen mit unseren tschechischen Nachbarn sind unabdingbar für das Zusammenwachsen unserer Grenzregionen in der Mitte Europas. Dafür steht die bayerische SPD mehr als alle anderen Parteien! Wir schlagen vor, sich in anderen Grenzregionen zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern umzuschauen. Wir können aus positiven Entwicklungen, beispielsweise in vergleichbaren Gegenden in Österreich, lernen. Eine gemeinsame positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung hilft, alte Grenzen und Denkweisen zu überwinden.

## Verkehrsprojekte

Für diese Verkehrsprojekte in Bayern haben sich die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten eingesetzt:

### Autobahnen und Bundesstraßen

- A 3: sechsspuriger Ausbau von Kist bis Biebelried
- A 3 und A 6: Ausbau inklusive Lärmschutz bei Stadt Schwabach
- A 6: Fertigstellung (Verkehrsfreigabe des letzten Teilstücks von Amberg-Ost zum Autobahnkreuz Oberpfälzer Wald im September 2008)
- A 8: in 2010 wird der sechsspurige Ausbau Augsburg-München fertig sein, in Richtung Ulm ist demnächst Baubeginn
- A 70: Mainbrücke bei Eltmann (Eröffnung Dezember 2006)
- A 73 Bamberg - Coburg - Erfurt (Fertigstellung im Sommer 2008)
- A 92: Bau einer weiteren Ausfahrt bei Dingolfing (Antrag auf Planfeststellungsverfahren wurde 2008 gestellt)
- A 94: Malching und weitere Abschnitte im Bau

- A 96: Memmingen-Erkheim als letztes Stück auf der bayerischen Seite fertig gestellt
- B 2: Augsburg-Donauwörth vierspurig ausgebaut
- B 2/B 23: Planungsrecht für die Verlängerung der A 95 München-Garmisch-Partenkirchen mit dem Ergebnis, dass Planungen Kramertunnel in Garmisch abgeschlossen sind und in Oberau (Westumfahrung) laufen
- B 8: Ausbau zwischen Rottendorf und Biebelried (inklusive Autobahnanschluss)
- B 12: dreispuriger Ausbau im Landkreis Freyung-Grafenau, zum Teil fertig gestellt
- B 15: Ausbau nördlich von Lengdorf (Rott am Inn) sowie Westumfahrung Rosenheim geplant (Baubeginn vom Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichts abhängig)
- B 17: Lückenschluss Kaufering-Landsberg wird im September freigegeben
- B 19: Vollendung des Abschnitts Kempten-Immenstadt (Freigabe September 2009)
- B 20: Südumgehung Furth im Wald (Baubeginn Oktober 2007)
- B 85: Ausbau um Untertraubenbach-Roding (Freigabe Dezember 2007) und Ausbau um Wackersdorf (Baubeginn November 2006)
- B 173 Kronach-Neuses
- B 173/B 303 Anschluß Kronach-Johannisthal
- B 469: Fertigstellung Obernburg-Trennfurt
- B 533: Ausbau Elsenthaler Leite

## Ortsumgehungen

- |                     |  |
|---------------------|--|
| ■ B 2: Zedtwitz     | ■ B 23: Saulgrub Spatenstich (Konjunkturpaket) |
| ■ B 11: Grafing     | ■ B 25: Nördlingen                             |
| ■ B 13: Lehrberg    | ■ B 85: Neukirchen vorm Wald                   |
| ■ B 16: Unterhausen | ■ B 173: Hochstadt und Trieb                   |
| ■ B 19: Gieselstadt |  |

- B 289: Untersiemau
- B 299/304: Neumarkt/St. Veit
- B 303: Schirnding, Sonnefeld
- B 304: Nordumfahrung Traunstein
- B 388: Mitterskirchen
- B 388: Dirnaich
- B 466: Brand/Geislohe
- B 472: Peißenberg
- B 472: Hohenpeißenberg, feste Zusage (Konjunkturpaket)
- B 492: Obermedlingen
- B 533: Auerbach
- B 533: Schwarzach-Hengersberg
- B 999: Rödental

Weitere Ortsumgehungen finden Sie im Bundesverkehrswegeplan 2003 - Grundlagen für die Zukunft der Mobilität in Deutschland - Anlage Bayern, S.87 bis 91, oder unter [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_15928/Bayern.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_15928/Bayern.pdf)

## Bahn

- Ausbau der ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt. Ihre Finanzierung ist gesichert. Die Zusage, die Strecke 2017 in Betrieb zu nehmen, steht.
- Errichtung eines Container-Terminals am Nürnberger Hafen mit Unterstützung des Bundes, das den Güterverkehr auf Straße und Wasserstraße mit der Bahn verknüpft. Der alte Containerbahnhof in der Stadt kann geschlossen werden. 1200 innerstädtische LKW-Fahrten pro Tag werden überflüssig.
- Ausbau der viergleisigen Bahnstrecke München-Augsburg bis 2010
- Ausbau der Strecke München-Mühlendorf-Freilassing (hier das dritte Gleis in Freilassing)
- Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale, Teilstück Reichenbach (Sachsen)-Hof
- Ausbau des Container-Terminals Hof
- Gesicherte Finanzierung für den Umbau der Bahnhöfe Rosenheim und Prien
- Bahnübergang Hausham: Beseitigung Gefahrenstelle vom Verkehrsministerium fest zugesagt
- Sanierung des Würzburger Hauptbahnhofes (beschlossen, teilw. mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket)

- Ausbau des Zulaufs der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale vertraglich vorbereitet (München-Gotthard/Lötschbeg-Basistunnel)
- Mobilitätsdrehscheibe Augsburg
- Ausbau Hanau-Nantenbach bei Laufach-Heigenbrücken/Schwarzkopftunnel

## Lärmschutz

- Verbesserungen beim Lärmschutz für den Nürnberger Rangierbahnhof, für den Autobahnausbau der A 6 in Höhe der Stadt Schwabach und für Lärmsanierungsabschnitte an Nürnberger Bahnstrecken
- Lärmschutzmaßnahmen an der Bahnstrecke Rosenheim-Kiefersfelden
- Lärmsanierung an den Schienenwegen am Stadtring Würzburg, in Heidingsfeld und Winterhausen (jeweils in Planung)

## Folgende Verkehrsprojekte stehen auf der Wunschliste der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten:

### Autobahnen und Bundesstraßen

- A 6: Teilstück in Mittelfranken sechsstreifig ausbauen
- A 8: Sechsspüriger Ausbau Rosenheim-Salzburg geht jetzt in die Umsetzungsphase; Bürgerbeteiligung von SPD immer gefordert, muss ernstgenommen werden; Ausbau mit bestmöglichem Lärmschutz
- A 94: vierspuriger Ausbau, Weiterbau von Passau bis München, Aufnahme der Abschnitte Markt-Simbach und Simbach-Malching (Kühstein) in den vordringlichen Bedarf
- A 99: Südring München: zwischen A 8 und A 96 von uns aus dem Verkehrswegeplan gestrichen, weil ökologisch, landschaftsplanerisch und finanziell unverträglich. Staatsregierung legt Machbarkeitsstudie vor. Ergebnisse umstritten und werden voraussichtlich SPD-Position bestätigen
- B 2: Tunnel Starnberg nach Überprüfung der Portale
- B 12: Passau-Freyung, weiterer dreispüriger Ausbau

- B 15: Bahnübergang Lengdorf (Rott am Inn)
- B 20: Ausbau Cham-Rissmansdorf sowie weiterer zweibahniger bzw. vierstreifiger Ausbau
- B 26: Werneck-Karlstadt - A 3 westlich Würzburg West
- B300: Dasing-Aichach, zügige Finanzierung (Anfang des Jahres planfestgestellt)
- B 303: zügiger Ausbau zwischen Schirnding und der A 93,
- B 303: Ausbau zwischen Marktredwitz/West und der A 93
- Unterstützung der Forderung der Stadt Nürnberg nach Ausbau des Frankenschnellwegs als innerstädtische Verbindungsstrasse mit einer anteiligen Finanzierungszusage des Freistaates wie beim Ausbau des Mittleren Rings in München

## Ortsumgehungen

- B 2: Kissing
- B 13: Planungsarbeiten für den Bau der OU Unterheßbach zügig umsetzen
- B 16: Dillingen, Höchstädt, Schweningen/Tapfheim, Ichenhausen
- B 19: Fischen
- B 20: Gumpersdorf/Zeilarn
- B 25: Dinkelsbühl, Wallerstein/Ehringen
- B 85: Wetterfeld, Neubäu, Altenkreith und Gumpenreit
- B 286: Bad Kissingen (Bemerkungsverfahren des Rechnungsprüfungsausschusses abgeschlossen)
- B 279: Wegfurt
- B 279: Junkersdorf, Pfarrweisach, Voccawind, Ermershausen
- B 299: Trostberg
- B 300: Gessertshausen
- B 300: Diedorf/Vogelsang
- B 304: Obing
- B 388: Brombach, Aufnahme in den vordringlichen Bedarf
- B 533: Neudorf-Lichteneck
- B 472: Bad Tölz bei Überprüfung der Trassenführung

Weitere Ortsumgehungen finden Sie im Bundesverkehrswegeplan 2003 - Grundlagen für die Zukunft der Mobilität in Deutschland - Anlage Bayern, S.87 bis 96, oder unter [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_15928/Bayern.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_15928/Bayern.pdf)

## Bahn

- Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof-Weiden-Schwandorf-Regensburg
- Ausbau von Bahnhöfen
- zügiger Ausbau der Bahnstrecke München-Mühldorf-Freilassing als Teil der transeuropäischen Magistrale Paris-München-Bratislava
- Vorfinanzierung der Bahnstrecke Ulm-Augsburg durch den Freistaat
- Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale/Teilstück Hof - Marktredwitz/Schirnding-Nürnberg
- Modernisierung der Bahnlinie Nürnberg-Prag
- Ausbau des Container-Terminals Marktredwitz
- Bahnzulauf zum geplanten Brennerbasistunnel
- Bahnstrecke Plattling-München zweigleisiger Ausbau
- Ausbau der Bahnverbindungen im Bereich Werdenfels-Takt, v. a. Situation Tutzing, Beschleunigung Tutzing-Garmisch, Anschluss Penzberg-Kochel
- S-Bahn München: insbesondere Flughafenanbindung, u. a. Ringschluss, zweite Stammstrecke, Verlängerung S 7 nach Geretsried, Zehn-Minuten-Takt
- Überregionale Flughafenanbindung: Flughafen in Richtung Augsburg/Ulm und Richtung Salzburg sowie Richtung Regensburg und Passau
- Elektrifizierung Strecke Augsburg-Buchloe
- Verbesserung Bahn-Infrastruktur im Bereich der Bayerischen Oberlandbahn
- Zulauf Güterverkehr auf Schiene für alpenquerenden Verkehr, nicht nur auf Brenner-Tunnel konzentrieren, Lärmschutz energisch vorantreiben

## Die Erfolge der SPD in der Großen Koalition – Was wir durchgesetzt haben

Die SPD hat innerhalb der Großen Koalition in allen Politikbereichen wichtige Fortschritte erreicht. Hier die wichtigsten:

- Arbeitslosengeld: Verlängerung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Ausbildung: Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche: Verlängerung des Ausbildungspakts, Qualifikationskombi, Ausbildungsbonus, Berufseinstiegsbegleitung, Unterstützung bei zweiter Ausbildung (zweite Chance)
- Europa: Festschreibung sozialer Rechte für die EU (bessere Arbeitnehmervertretung, Stärkung von Betriebsräten in Europäischen Konzernen, Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt), Entschärfung von Richtlinien (Dienstleistungsrichtlinie, um Lohndumping zu verhindern)
- Frieden sichern: Beteiligung an Stabilisierung Afghanistans, Deeskalation im Kaukasus, Sicherung der internationalen Schifffahrtswege, Bekämpfung der Piraterie, parlamentarische Kontrolle internationaler Bundeswehrein-sätze usw.
- Familie: Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, massiver Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und Ganztagschulen, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab Eins, Einführung des Elterngeldes, Schulstarterpaket für Kinder aus armen Elternhäusern bis zur 13. Klasse, Besserstellung der Alleinerziehenden
- Frauen: Schaffung eines Gleichbehandlungsgesetzes, das die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben und im zivilrechtlichen Bereich verbietet, Durchsetzung eines zweiten Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, usw.
- Gesundheit: Einführung des Versicherungsschutzes für alle, Neuordnung der Gesetzlichen Krankenversicherung, Schaffung weiterer Leistungen (Eltern-Kind-Kuren sind Pflichtleistungen), Verbesserungen für die Hospize, Aufbau von Pflegestützpunkten, mehr finanzielle Leistungen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige, eine bessere Krankenhausfinanzierung usw.

- Klima und Energie: CO<sub>2</sub>-Minderung festgesetzt auf über 40 Prozent bis 2020, Ausstieg aus der Atomenergie fortgeführt, Ausbau der Erneuerbaren-Energien-Branche, Weiterentwicklung des EEG, Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms
- Konjunkturprogramm: Stabilisierung der Unternehmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise (Kreditvergabe, Bürgschaften, Abwrackprämie usw.), Sicherheit für die Belegschaften durch Programme für Kurzarbeit (verlängert auf 24 Monate) und Qualifizierung, Schaffung eines Investitionsprogramms für die Kommunen für Bildung und Infrastruktur (1,9 Milliarden an Bayern), Bereitstellung von Mitteln für Breitband-Internet
- Meister-Bafög: Einführung eines Meister-Bafög zur Förderung von Aufstiegsfortbildungen ohne Altersbegrenzung
- Mindestlohn: Durchsetzung von branchenspezifischen Mindestlöhnen über die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Neufassung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes für über drei Millionen Menschen. Ziel bleibt: Gesetzlicher Mindestlohn bei 7,50 Euro!
- Senioren: Bessere Teilhabe älterer Menschen, Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“ und Einsetzen für barrierefreie Städte, Unterstützung der ehrenamtlich Engagierten
- Steuern: Durchsetzen der Erbschaftsteuer, Wiedereinführung der Pendlerpauschale, Abbau zahlreiche Steuervergünstigungen, Einführung der Reichensteuer, Reform des Unternehmensteuerrechts, Einsatz für Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer, Entlastung der privaten Haushalte, Zurückdrängen der Schwarzarbeit usw.
- Verbraucher: Verbesserung des Verbraucherinformationsgesetzes, des Versicherungsvertragsgesetzes, der Fahrgastrechte für Bahnkunden, der Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung, des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen usw.
- Verkehr: Durchsetzen der CO<sub>2</sub>-orientierten Kfz-Steuer, Bau und Ausbau vieler Straßen, Ausbau des Radwegenetzes, Förderung der Schiene und der Öffentlichen Verkehrsmittel, Lärmschutz usw.

## Weiterführende Links

Auf folgenden Websites gibt es Informationen über  
**die SPD:**

<a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a>	die BundesSPD
<a href="http://www.spdfraktion.de">www.spdfraktion.de</a>	die SPD-Bundestagsfraktion
<a href="http://www.wahlkampf09.de">www.wahlkampf09.de</a>	die Homepage zum Wahlkampf
<a href="http://www.frankwaltersteinmeier.de">www.frankwaltersteinmeier.de</a>	der Kanzlerkandidat der SPD
<a href="http://www.meinespd.net">www.meinespd.net</a>	die SPD-Community
<a href="http://www.vorwaerts.de">www.vorwaerts.de</a>	der Vorwärts im Netz, Mitgliedermagazin der SPD
<a href="http://www.bundes-sgk.de">www.bundes-sgk.de</a>	die sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
<a href="http://www.demo-online.de">www.demo-online.de</a>	die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik der Bundes-SGK

### die SPD in Bayern:

<a href="http://www.bayernspd.de">www.bayernspd.de</a>	die BayernSPD
<a href="http://www.spd-landesgruppe-bayern.de">www.spd-landesgruppe-bayern.de</a>	die Bayerische SPD-Landesgruppe
<a href="http://www.bayernspd-landtag.de">www.bayernspd-landtag.de</a>	die Landtagsfraktion der BayernSPD
<a href="http://www.bayernsgk.de">www.bayernsgk.de</a>	die SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politiker in Bayern
<a href="http://www.mitlinksbergauf.de">www.mitlinksbergauf.de</a>	Tourenprogramm Alpenpolitik

### die SPD-geführten Bundesministerien:

<a href="http://www.auswaertigesamt.de">www.auswaertigesamt.de</a>	das Auswärtige Amt
<a href="http://www.bmas.de">www.bmas.de</a>	das Bundesministerium für Arbeit und Soziales
<a href="http://www.bmu.de">www.bmu.de</a>	das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

<a href="http://www.bmj.bund.de">www.bmj.bund.de</a>	das Bundesministerium der Justiz
<a href="http://www.bmvbs.de">www.bmvbs.de</a>	das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
<a href="http://www.bundesfinanzministerium.de">www.bundesfinanzministerium.de</a>	das Bundesministerium der Finanzen
<a href="http://www.bmg.bund.de">www.bmg.bund.de</a>	das Bundesministerium für Gesundheit
<a href="http://www.bmz.de">www.bmz.de</a>	das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

## das Konjunkturprogramm:

<a href="http://www.einsatz-fuer-arbeit.de">www.einsatz-fuer-arbeit.de</a>	Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit Informationen über Kurzarbeit in der Krise
<a href="http://www.konjunkturpaket.de">www.konjunkturpaket.de</a>	Seite der Bundesregierung mit Informationen über die Konjunkturpakete für Bürger, Unternehmen, Kommunen und Banken
<a href="http://www.kfw.de">www.kfw.de</a>	die Kreditanstalt für Wiederaufbau informiert über ihre Förderprogramme
<a href="http://www.lfa.de">www.lfa.de</a>	die LfA Förderbank Bayern informiert über ihre Förderungen

## Bildungseinrichtungen:

<a href="http://www.bayernforum.de">www.bayernforum.de</a>	das Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung
<a href="http://www.vollmar-akademie.de">www.vollmar-akademie.de</a>	die SPD-nahe Georg-von-Vollmar-Akademie
<a href="http://www.frankenwarte.de">www.frankenwarte.de</a>	die Akademie Frankenwarte für politische Bildung
<a href="http://www.baysem.de">www.baysem.de</a>	das Bayerische Seminar für Politik
<a href="http://www.fes.de">www.fes.de</a>	die Friedrich-Ebert-Stiftung

## Bilder- und Quellennachweis

- Titel Foto: Leopold Arthold / Quelle PHOTOCASE
- Seite 6 Karikatur: Dieter Hanitzsch
- Seite 7 Tabelle: Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern. München, März 2009, S. 120.
- Seite 8 Grafik: WSI Mindestlohndatenbank 2009, Hans-Böckler-Stiftung 2009
- Seite 12 Foto: Bayerische SPD-Landtagsfraktion
- Seite 16 Foto: Bayerische SPD-Landtagsfraktion
- Seite 17 Grafik: Eurostat, Hans-Böckler-Stiftung 2005
- Seite 18 Foto: Matthias Ropel / Quelle PHOTOCASE
- Seite 19 Foto: Rüdiger Löster; Jusos gegen Nazis bei Demo in Nürnberg
- Seite 21 Foto: Eckhard Berchner
- Seite 23 Foto: Christian Schärthl
- Seite 25 Foto: benicce / Quelle PHOTOCASE
- Seite 36 Foto: Christian Schärthl; Landschaft bei Günzburg,
- Seite 37 Foto: Stefan König; Alpspitze bei Garmisch-Partenkirchen,
- Seite 39 Karikatur: Dieter Hanitzsch
- Seite 42 Foto: Kristina Müller-Kuckelberg; Kinder in Luuwero (Uganda)
- Seite 44 Foto: Klaus Leidorf, Donau
- Seite 45 Foto: Stefan König; am Guffert zwischen Bayerischen Voralpen und Rofan (Österreich)
- Seite 59 Foto: Deutscher Bundestag

# Impressum

## Redaktion:

Klaus Barthel, Larissa Schulz-Trieglaff

## Kontakt Landesgruppenbüro:

Organisationsreferent: Arno Wallner

Pressereferentin: Larissa Schulz-Trieglaff

Bayerische SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: (030) 227-51 73 1

Fax: (030) 227-56 27 8

Email: [presse.bayern@spdfraktion.de](mailto:presse.bayern@spdfraktion.de)

## Gestaltung:

Eckhard Berchner ([www.eckhardberchner.de](http://www.eckhardberchner.de))



Die Bayerische SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

V.i.S.d.P:  
Larissa Schulz-Trieglaff  
Bayerische Landesgruppe  
in der SPD-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

